

Sozialberichterstattung  
Gesellschaftliche Trends  
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers   | 1  |
| System Sozialer Indikatoren für Deutschland   | 5  |
| Social Reporting in Europe. Citizens' Expectations Towards Welfare State Reforms<br>Tagungsbericht                        | 7  |
| Mehr Bangen als Hoffen  | 8  |
| Neue Sozialberichte in Europa   | 11 |
| Etwas mehr Anpassung gewünscht  | 12 |
| Subjektives Wohlbefinden und subjektive Indikatoren der Lebensqualität<br>Tagungsbericht                                  | 15 |
| Call for Papers:<br>Are Things Getting Better or Worse, and Why?<br>The Role of Social Indicators to Inform Public Policy | 16 |

## Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers

Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Europa

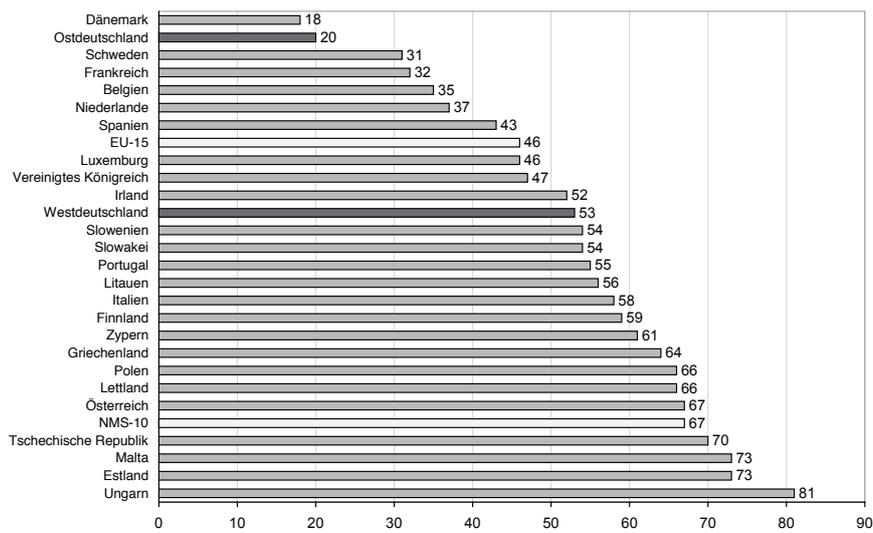
*Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt für Frauen in Deutschland ein großes und zunehmend drängendes Problem dar. Familienministerin Ursula von der Leyen hat eine Reihe familienpolitischer Leistungen, wie etwa das Elterngeld oder den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder, auf den Weg gebracht, um Erwerbstätigkeit und Mutterschaft besser zu vereinbaren. Dies hat zu teilweise kontroversen Debatten – insbesondere mit Blick auf das Wohl der Kinder – geführt, die zeigen, dass institutionelle Veränderungen kaum möglich sind, ohne Einstellungen und Werthaltungen in der Bevölkerung zu berücksichtigen. In nahezu allen Industriegesellschaften hat in den letzten Jahrzehnten ein nachhaltiger Einstellungswandel zur Erwerbstätigkeit der Frau und der Kinderbetreuung stattgefunden – allerdings in unterschiedlichem Tempo. Auf Basis aktueller Umfragedaten verortet der folgende Beitrag die Einstellungen zu Berufstätigkeit und Kinderbetreuung von Ost- und Westdeutschen im europäischen Kontext.*

Frauen in Deutschland sind im internationalen Vergleich seltener erwerbstätig, seltener Mütter und noch seltener beides zusammen. Deutschland liegt mit einer Geburtenhäufigkeit von 1,3 Kinder pro Frau seit langem unter dem europäischen Durchschnitt und erreicht bei weitem nicht den Wert von 2,1 Kinder pro Frau, der nötig wäre, um die Bevölkerungsgröße auf Dauer stabil zu halten. Wenn deutsche Frauen Kinder bekommen, dann reduzieren sie häufig ihre Erwerbstätigkeit. Insbesondere wenn die Kinder noch klein sind, geben die Mütter den Beruf auf oder wechseln von Voll- in Teilzeit. Die Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern unter 12 Jahren liegt hierzulande mit knapp 56% um 23 Prozentpunkte niedriger als die Beschäftigungsquote kinderloser Frauen (vgl. European Labor Force Survey). In den EU-Ländern sind die Diskrepanzen zwischen den Erwerbsquoten von Frauen mit und ohne Kinder nur noch in wenigen osteuropäischen Mitgliedstaaten wie der Tschechischen Republik und Ungarn größer. Erwerbstätige Frauen und Mütter sind in Deutschland zudem viel häufiger in Teilzeit beschäftigt und auch dadurch schwächer in den Arbeitsmarkt integriert. Wenn die Erwerbstätigkeit zunimmt, so meist in Teilzeit. Der Anteil der Frauen, die teilzeit erwerbstätig

sind (d.h. weniger als 30 Stunden in der Woche arbeiten), ist zwischen 1995 und 2005 von 29% auf über 39% angestiegen. Deutschland hat innerhalb der EU-15 neben dem Vereinigten Königreich damit die höchste Teilzeiterwerbsquote bei Frauen (siehe European System of Social Indicators: H1313).

Die vergleichsweise schwache Einbindung von deutschen Frauen – und insbesondere Müttern – in den Arbeitsmarkt wird im Allgemeinen durch eine Reihe ungünstiger institutioneller Rahmenbedingungen erklärt. Dazu gehören die Subventionierung der nicht erwerbstätigen Hausfrau sowie großzügige Elternurlaubsregelungen, die zu langen Unterbrechungen oder gar völliger Aufgabe der Erwerbstätigkeit führen. Negativ wirkt sich auch das deutsche Steuersystem aus, das durch das „Ehegattensplitting“ die Alleinverdienerehe fördert: Je stärker der zweite Partner erwerbstätig ist, desto mehr schmilzt der Steuervorteil der Familie gegenüber Ledigen ab. Außerdem behindern unflexible Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitszeitregelungen sowie fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Eichhorst et al. 2007). Auf der anderen Seite wird die Berufstätigkeit von Müttern mit Blick

**Grafik 1: Zustimmung der Europäer zur „traditionellen“ Arbeitsteilung in der Familie, 2006**



Indikator: „Idealerweise sollte die Frau zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern, während der Mann arbeitet.“ Prozentanteile „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. NMS = Neue Mitgliedstaaten.

Datenbasis: Eurobarometer 65.1 (Frühjahr 2006); Bevölkerung ab 18 Jahre, gewichtet

Erwähnenswert sind aber auch die Ausnahmen von dieser Beobachtung. Besonders hoch fällt die Zustimmung zur „traditionellen“ Arbeitsteilung in Österreich aus. Trotz der hohen Erwerbsquote von Frauen (2005: 83%) und Müttern (2005: 68%) sind zwei Drittel der Österreicher für die klassische Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. In den alten Bundesländern sind die Zustimmungsraten ebenfalls hoch. Etwas mehr als die Hälfte der Westdeutschen spricht sich für die klassische Rollenverteilung aus. Bei den Skandinaviern sind es die Finnen, die trotz einer Müttererwerbsquote von 70% mehrheitlich dafür sind, dass sich die Frau um den Haushalt und die Kinder kümmert. Umgekehrt präsentieren sich die Spanier deutlich „moderner“ als die übrigen Südeuropäer.

Einen besonderen Fall stellen die Ostdeutschen dar, deren geringe Zustimmung zum klassischen Rollenmodell nur noch von den Dänen unterboten wird: Sie lehnen einerseits die Hausfrauenrolle stärker ab als die Westdeutschen und die übrigen Westeuropäer. Andererseits setzen sich die neuen Bundesländer auch ganz klar von den anderen postkommunistischen Ländern ab, die generell relativ stark zur „traditionellen“ Arbeitsteilung neigen. Eine Entwicklung wie in Ostdeutschland hat es offensichtlich in keinem der ehemaligen sozialistischen Nachbarländer gegeben. Möglicherweise hat die stark agrarische Struktur in diesen Ländern eine vergleichbare „Modernisierung“ verhindert. Die hohe Zustimmung zu „traditionellen“ Einstellungen kann jedoch auch als Gegenreaktion zu dem Zwang zur Erwerbstätigkeit von Frauen und den schwierigen Arbeitsbedingungen ver-

auf den Fachkräftemangel gefördert und im Zusammenhang mit dem neuen Unterhaltsrecht gefordert.

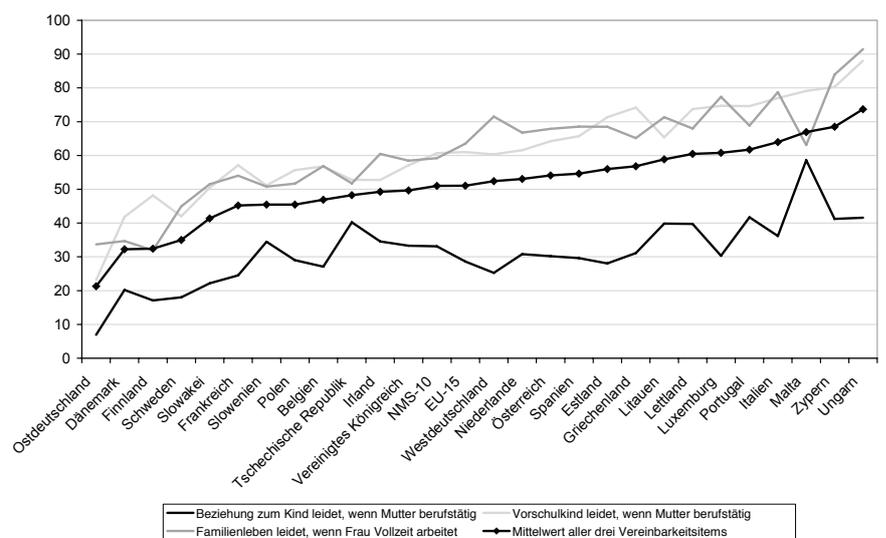
Unter der derzeitigen Regierung wird durch die Einführung des Elterngeldes, die geplante Erweiterung des Betreuungsangebots sowie verschiedene Initiativen in Richtung der Arbeitgeber eine Verbesserung der Situation angestrebt. Faktisch kann eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber nur gelingen, wenn die Erwerbstätigkeit von Müttern in der Bevölkerung einen starken Rückhalt hat. Denn die Realisierung von Beruf und Familie bei Frauen hängt nicht allein von den institutionellen Rahmenbedingungen, sondern auch von den gesellschaftlichen Einstellungen zur Familie und zur Rolle der Frau ab. Nachfolgend wird ein „modernes“ und „traditionelles“ Rollenverständnis einander gegenübergestellt. Als „modern“ gelten Einstellungen, die die Erwerbstätigkeit von Frauen positiv bewerten und Familie und Frauenerwerbstätigkeit für vereinbar halten. Dagegen werden Einstellungen als „traditionell“ bezeichnet, wenn das klassische männliche Ernährermodell befürwortet und die Berufstätigkeit von Frauen und Kindererziehung für unvereinbar betrachtet wird.

**Einstellungen in Ostdeutschland „modern“, in Osteuropa „traditionell“**

Die Befürwortung der Erwerbstätigkeit von Müttern kommt nur in dem Maße zustande, in dem die „traditionelle“ Vorstellung zurückgeht, dass die Mutter sich ausschließlich um die Kinder kümmert, während der Mann arbeiten geht. Inwieweit dieses „traditionelle“ Rollenverständnis in Europa im Jahr 2006 noch verbreitet ist, wird in Grafik 1 auf der Basis des Eurobarometer 65.1 dargestellt. Betrachtet man die zusammengefassten Zustimmungsraten der Länder, so fällt der deutliche

Unterschied zwischen den bisherigen EU-Ländern (46%) und den neuen Mitgliedstaaten (67%) auf. Während in den meisten westeuropäischen und skandinavischen Ländern die „traditionelle“ Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt wird, spricht sich sowohl in den meisten postkommunistischen als auch in den südeuropäischen Ländern die Mehrheit dafür aus, dass die Frau zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, während der Mann arbeitet.

**Grafik 2: Unvereinbarkeit von Beruf und Familie aus Sicht der Europäer, 2006**



Schwarze Linie: „Eine berufstätige Mutter kann zu ihrem Kind eine genauso warme und feste Beziehung aufbauen wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“. Mittelgraue Linie: „Alles in allem leidet das Familienleben darunter, wenn die Frau Vollzeit arbeitet.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“. Hellgraue Linie: „Ein Vorschulkind leidet wahrscheinlich darunter, wenn die Mutter berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“. Ländersortierung erfolgt nach dem Mittelwert der Länderanteile zu den drei Indikatoren (Linie mit Rauten).

Datenbasis: Eurobarometer 65.1 (Frühjahr 2006); Bevölkerung ab 18 Jahre, gewichtet

standen werden, die in vielen sozialistischen Ländern geherrscht haben. Gleichzeitig hat wohl der Wiederaufbau nach dem Krieg eine besonders konsequente Durchsetzung des sozialistischen Modells in Ostdeutschland, das sich zusätzlich in starker Konkurrenz zur „BRD“ sah, ermöglicht.

### Vereinbarkeit problematisch bei Vollzeit oder kleinen Kindern

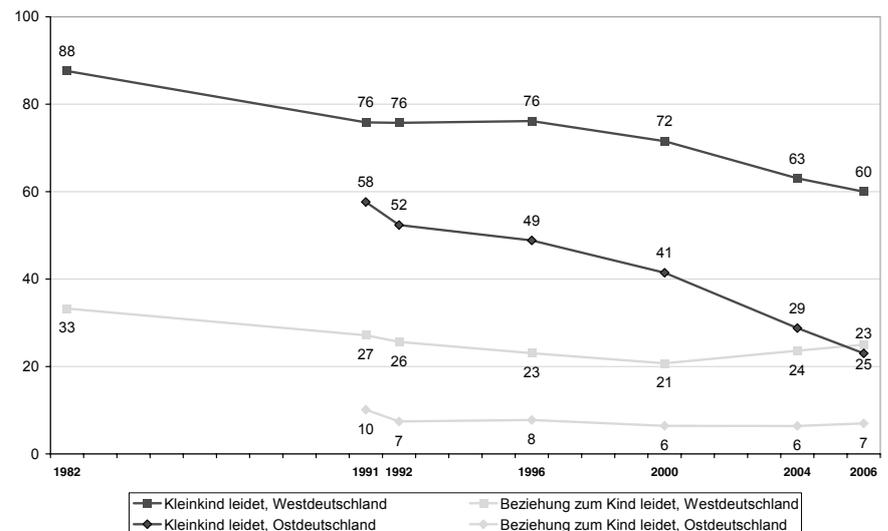
Frauen, die sowohl eine Familie haben als auch einer Berufstätigkeit nachgehen wollen, stehen vor dem Problem, gleichzeitig verschiedene Anforderungen miteinander in Einklang zu bringen. Je „traditioneller“ die Einstellungen zur Arbeitsteilung bei Haushalt und Kindererziehung sind, desto eher ist davon auszugehen, dass auch die Konsequenzen der Berufstätigkeit der Mutter für die Familie und die Kinder negativ bewertet werden. In derselben Eurobarometer-Umfrage wurden diese Einstellungen mit drei verschiedenen Aussagen abgefragt, die sich in der Gewichtung der beruflichen und familiären Belastung unterscheiden (Grafik 2).

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Frage, ob „eine berufstätige Mutter zu ihren Kindern eine genauso warme und feste Beziehung aufbauen kann wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist“. EU-weit stimmen dieser Aussage 71% der Befragten zu, wobei die Anteile von 41% in Malta bis 93% in Ostdeutschland zwischen den Ländern deutlich variieren. In Westdeutschland sagen drei Viertel (75%) der Befragten, dass eine berufstätige Mutter eine genauso gute Beziehung zu ihrem Kind haben kann wie eine nicht berufstätige Mutter. Auch sonst ist mit Ausnahme Maltas in allen EU-Ländern eine Mehrheit der Bürger davon überzeugt, dass die Beziehung zwischen Mutter und Kind nicht zwangsläufig unter der Berufstätigkeit der Mutter leiden muss.

Auf die Frage, ob die Familie darunter leidet, wenn die Frau Vollzeit arbeitet, tritt eine wesentlich größere Skepsis hinsichtlich der Vereinbarkeit zutage. 63% der Europäer stimmen der Aussage zu, wobei hier die Spanne von 32% in Finnland bis zu 91% in Ungarn reicht. Die Folgen einer Vollzeitberufstätigkeit der Frau werden also durchaus sehr unterschiedlich bewertet. In Ostdeutschland sieht nur ein Drittel (34%) in der Vollzeitberufstätigkeit der Frau ein Problem, während es in Westdeutschland fast drei Viertel (72%) sind.

Für Westdeutschland fällt zudem die große Differenz auf zwischen dem Bevölkerungsanteil, welcher die Vollerwerbstätigkeit der Mutter als Belastung für die Familie einschätzt, und dem im Vergleich dazu geringen Anteil, der eine Berufstätigkeit der Mutter als Belastung für die Beziehung zum Kind empfindet. Anscheinend betrachten Westdeutsche vor allem die Vollzeitberufstätigkeit von Frauen kritischer als dies in vielen anderen europäischen Ländern der Fall ist. Ähnliche große Differenzen gibt es nur noch

**Grafik 3: Skepsis gegenüber der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Ost- und Westdeutschland, 1982-2006**



Fragetexte im ALLBUS: Kleinkind leidet: „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist“. Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“. Beziehung zum Kind leidet: „Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist“. Prozentanteile „stimme gar nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“. Fragetexte im Eurobarometer: siehe Grafik 2.

Datenbasis: ALLBUS 1982-2004, Eurobarometer 65.1 (Frühjahr 2006)

in Ungarn, wo die Vereinbarkeit von Familie und Frauenerwerbstätigkeit am kritischsten beurteilt wird.

Der Konflikt zwischen Beruf und Familie kommt verschärft zum Ausdruck, wenn nach den Auswirkungen speziell für kleine Kinder gefragt wird. Auch hier überwiegt europaweit die Skepsis hinsichtlich der Vereinbarkeit: 61% der Europäer stimmen der Aussage zu, dass ein Vorschulkind unter der Berufstätigkeit der Mutter leidet. Am häufigsten wird diese Befürchtung in Ungarn (88%) gehegt, am seltensten in Ostdeutschland (23%). In Westdeutschland überwiegen wiederum die Skeptiker (60%).

Eine zusammenfassende Betrachtung der Einstellungen zur Vereinbarkeit ist ebenfalls in Grafik 2 dargestellt. Die Länder sind aufsteigend nach der durchschnittlichen Ablehnung (auf Grundlage der in der Grafik ebenfalls abgebildeten drei Fragen) zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sortiert. Die Menschen in Ostdeutschland sind wie in keinem anderen Land der EU – mit Ausnahme der skandinavischen Länder Dänemark, Finnland und Schweden – von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf überzeugt. Auch in Frankreich, wo die Vorstellung von der öffentlichen Verantwortung für Erziehung von je her stärker ausgeprägter ist und das als ein gutes Beispiel für hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern bei gleichzeitig hoher Fertilitätsrate gilt, werden die Folgen der Berufstätigkeit von Müttern weder für die Familie noch für die Kinder(erziehung) als gravierend angesehen. Dagegen werden die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau in den südeuropäischen Ländern am kritischsten

betrachtet. Dazwischen füllen die west- und osteuropäischen Bevölkerungen das gesamte Spektrum aus. Anders als bei der Bewertung der „traditionellen“ Rollenvorstellung unterscheiden sich die alten und neuen EU-Länder hier nicht wesentlich voneinander.

### Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland eher größer geworden

Mit Blick auf Deutschland wollen wir uns mit dem Wandel der Einstellungen zur Vereinbarkeit näher beschäftigen. Die Tatsache, dass zwei der Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Eurobarometer 2006 und in den ALLBUS-Umfragen fast wortgleich gestellt wurden, ermöglicht eine Betrachtung der Entwicklung über zweieinhalb Jahrzehnte (Grafik 3). Die Einstellungen zur Rolle der Frau zwischen Familie und Beruf sind in Deutschland zwischen 1982 und 2006 „moderner“ geworden im Sinne einer höheren gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber berufstätigen Müttern. Der Rückgang „traditioneller“ Einstellungen verläuft in West- und Ostdeutschland allerdings auf unterschiedlichem Niveau, und der Einstellungswandel ist zudem unterschiedlich stark.

Der Anteil der Westdeutschen, die meinen, dass eine Erwerbstätigkeit der Frau die Mutter-Kind-Beziehung beeinträchtigt, ist im Untersuchungszeitraum gerade einmal um 8 Prozentpunkte zurückgegangen. 1982 war ein Drittel der Westdeutschen (33%) der Ansicht, dass die Beziehung zum Kind leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist, während der Anteil im Jahre 2000 bei einem Fünftel (21%) liegt. Zwischen 2000 und 2006 ist der Anteil der Westdeutschen, die die Berufstätigkeit von Müttern diesbezüglich kritisch beurteilen,

wieder auf ein Viertel (25%) angestiegen. In Ostdeutschland stagniert der Wert seit 1992 – mit einem Anteil von 6 bis 8% allerdings auf einem sehr geringen Niveau.

Die Berufstätigkeit von Müttern wird im gesamten Beobachtungszeitraum insgesamt kritischer bewertet, wenn nach den Folgen speziell für Kleinkinder gefragt wird. Allerdings ist die Sorge, dass Kleinkinder unter der Erwerbstätigkeit der Mütter leiden, in Deutschland nennenswert zurückgegangen. Dennoch liegt der Anteil der Westdeutschen, die eine Berufstätigkeit der Mutter für das Kleinkind als problematisch ansehen, gegenwärtig immerhin noch bei 60% (1982: 88%). Damit hat sich auch der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschen vergrößert: Betrug er zu Beginn der 1990er Jahre 22 Prozentpunkte, so sind es aktuell 35 Prozentpunkte. 2006 sind lediglich 23% der Ostdeutschen der Meinung, dass Kleinkinder unter der Erwerbstätigkeit ihrer Mutter leiden. Unabhängig von dem in den letzten Jahren zu beobachtenden Abbau der Kinderbetreuungsangebote, die Müttern in der ehemaligen DDR die Erwerbstätigkeit erleichtert haben, ist auch die Sorge um negative Folgen für Kleinkinder hier in den letzten Jahren weiter zurückgegangen (2006: 25%).

**Gesellschaftskonflikt im Westen, Einstimmigkeit im Osten Deutschlands**

Betrachtet man die Haltung der Deutschen in Ost und West genauer, so zeigt sich, dass es nicht nur Niveau-, sondern auch Strukturunterschiede in den Einstellungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft gibt. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, besteht bei den Westdeutschen ein gesellschaftlicher Konflikt darüber, ob Mütter arbeiten sollten oder nicht, während die Ostdeutschen dies vergleichsweise einhellig befürworten. Zwischen Männern und Frauen existieren kaum Differenzen, außer dass Männer sich größere Sorgen um negative Folgen für Kleinkinder machen. Sehr gegensätzlich sind hingegen die Positionen der verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen in Westdeutschland. Vor allem die Älteren – und insbesondere die über 65-Jährigen – sowie Personen mit niedrigem Bildungsniveau betrachten eine Berufstätigkeit der Mutter, nach allen vier Indikatoren, deutlich kritischer als die Jüngeren und Höhergebildeten. Damit zeigt sich in Westdeutschland ein Generationenkonflikt, da offensichtlich im Zuge der Bildungsexpansion ein Wertewandel stattgefunden hat. Solch ein strukturell verankerter Konflikt ist denn auch von großer Dauerhaftigkeit, so dass die Debatte über die Berufstätigkeit von Müttern in Zukunft wenn überhaupt, nur langsam nachlassen wird. Einem raschen Einstellungswandel widerspricht zudem, dass sich die jüngste Altersgruppe kritischer als erwartet zur Berufstätigkeit von Müttern kleiner Kinder äußert. Ob es sich hierbei um eine Trendwende handelt, wird man allerdings erst in Zukunft beurteilen können.

In Ostdeutschland sind vergleichbare strukturelle Unterschiede kaum zu finden. Die Vor-

**Tabelle 1: Zustimmung zu Aspekten von Berufstätigkeit der Mutter nach Gruppen in Ost- und Westdeutschland, 2006**

|                    | Frau kümmert sich um die Kinder, Mann arbeitet (1) |     | Beziehung zum Kind leidet, wenn Mutter berufstätig (2) |     | Familienleben leidet, wenn Frau Vollzeit berufstätig (3) |     | Vorschulkind leidet, wenn Mutter berufstätig (4) |     |
|--------------------|--|-----|--|-----|--|-----|--|-----|
|                    | West   | Ost | West   | Ost | West   | Ost | West   | Ost |
| Gesamt             | 54   | 20  | 25   | 7   | 72   | 34  | 60   | 23  |
| Geschlecht         |  |     |  |     |  |     |  |     |
| Männer             | 55   | 20  | 28   | 9   | 73   | 36  | 65   | 25  |
| Frauen             | 52   | 21  | 23   | 5   | 71   | 32  | 56   | 22  |
| Alter              |  |     |  |     |  |     |  |     |
| 18-30 Jahre        | 47   | 14  | 21   | 5   | 63   | 32  | 58   | 24  |
| 31-45 Jahre        | 49   | 27  | 23   | 5   | 67   | 41  | 51   | 26  |
| 46-65 Jahre        | 50   | 19  | 23   | 8   | 72   | 30  | 60   | 21  |
| über 65 Jahre      | 70   | 20  | 35   | 8   | 83   | 33  | 77   | 25  |
| Bildung            |  |     |  |     |  |     |  |     |
| Niedrig            | 69   | 32  | 34   | 9   | 82   | 42  | 68   | 33  |
| Mittel             | 54   | 17  | 26   | 6   | 71   | 34  | 58   | 22  |
| Hoch               | 38   | 19  | 17   | 8   | 62   | 28  | 55   | 19  |
| Frauen mit Partner |  |     |  |     |  |     |  |     |
| berufstätig        | 42   | 23  | 15   | 5   | 64   | 27  | 42   | 20  |
| nicht berufstätig  | 65   | 16  | 61   | 4   | 77   | 36  | 64   | 24  |

(1) „Idealerweise sollte die Frau zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern, während der Mann arbeitet.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“ (2) „Alles in allem leidet das Familienleben darunter, wenn die Frau Vollzeit arbeitet.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“ (3) „Eine berufstätige Mutter kann zu ihrem Kind eine genauso warme und feste Beziehung aufbauen wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ (4) „Ein Vorschulkind leidet wahrscheinlich darunter, wenn die Mutter berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“.

Datenbasis: Eurobarometer 65.1 (Frühjahr 2006); Bevölkerung ab 18 Jahre, gewichtet

stellung von der prinzipiellen Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist hier fast einheitlich in der ganzen Gesellschaft verankert. Lediglich die Ostdeutschen mit niedriger Bildung zeigen sich etwas skeptischer. Auffällig ist die Altersgruppe der 31- bis 45-Jährigen, die höhere Zustimmungsraten zur „klassischen“ Arbeitsteilung zeigt und sowohl die Vollzeiterwerbstätigkeit als auch die Berufstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern mit größerer Skepsis betrachten als die übrigen Altersgruppen. Über die Gründe kann hier nur spekuliert werden, doch liegen sie möglicherweise in Erfahrungen begründet, die diese Altersgruppe machte, als sie unmittelbar nach der Wende in die Berufswelt eintrat. Die nachfolgende, jüngste Altersgruppe zeigt wiederum die gleichen Einstellungsmuster wie die beiden ältesten Gruppen.

Dass die Einstellungen sich auch im Verhalten der Frauen niederschlagen, deutet sich an, wenn man berufstätige und nicht berufstätige Frauen mit (Ehe-)Partner miteinander vergleicht. So äußern sich die berufstätigen Frauen deutlich positiver über die Vereinbarkeit als die nichtberufstätigen Frauen.

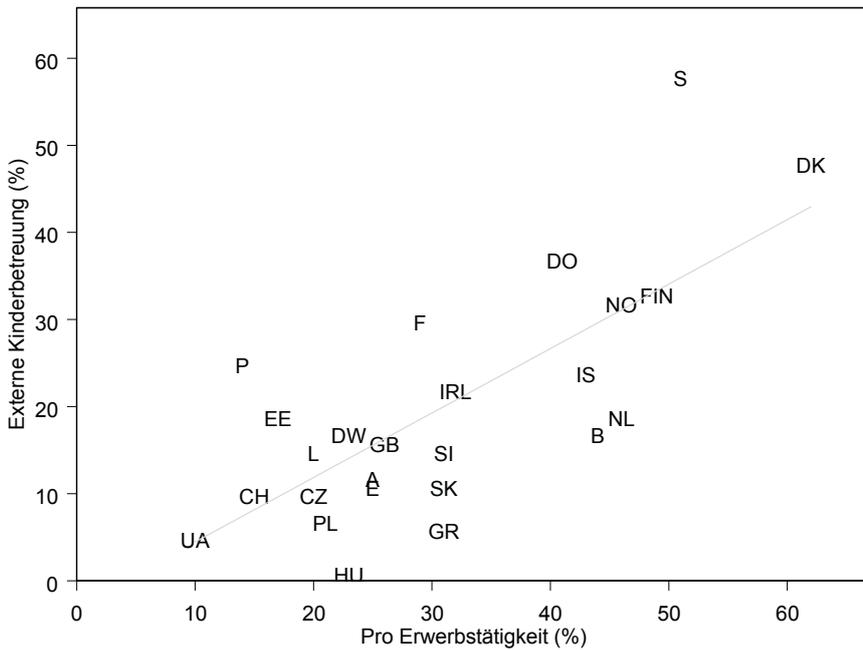
**Einstellungen und gesellschaftliche Wirklichkeit gehen in Europa Hand in Hand**

Abschließend soll mit einem europäischen Ländervergleich anhand des European Social Survey 2004 demonstriert werden, wie stark

Einstellungen in der Bevölkerung und die gesellschaftliche Praxis Hand in Hand gehen. In Grafik 4 wird das Verhältnis von Einstellungen und Verhalten beispielhaft für 24 europäische Gesellschaften dargestellt. Die horizontale Achse zeigt an, wie stark die gesellschaftliche Zustimmung für die Berufstätigkeit von Müttern ist, gemessen an der Ablehnung der Aussage: „Eine Frau sollte dazu bereit sein, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Familie zu reduzieren“. Die vertikale Achse bemisst, wie viele der (jüngsten) Kinder unter 12 Jahren extern, d.h. von Personen oder Institutionen außerhalb der Familie, betreut werden. Die Anordnung der Länder von links unten nach rechts oben belegt, dass Einstellungen in der Bevölkerung weitgehend mit der gesellschaftlichen Praxis korrespondiert.

Insgesamt sind beide Dimensionen in Europa eher schwach ausgeprägt. In der Mehrheit der Länder meint allenfalls ein Drittel der Befragten, dass die Frau ihre Berufstätigkeit für die Familie nicht zurückstellen soll. Darüber dass die Familie im Zweifelsfall Vorrang hat, herrscht nach wie vor breiter Konsens. Auch die Kinderbetreuung außerhalb der Familie bleibt in der Minderheit, meist wird sie bei maximal einem Viertel der Kinder praktiziert. Ausnahmen sind die Länder, die wir bereits zu Beginn als Vorreiter bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie identifiziert haben. Am stärksten wird die Frauenerwerbstätigkeit in den skandinavischen Ländern befürwortet,

**Grafik 4: Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit und externe Kinderbetreuung in Europa, 2004**



Pro Frauenerwerbstätigkeit: „Eine Frau sollte dazu bereit sein, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Familie zu reduzieren.“ Dargestellt sind Prozentanteile „lehne ab“ „lehne stark ab“. Externe Kinderbetreuung: Prozentanteil der Personen, in deren Haushalte Kinder unter 12 Jahren leben, die angeben, dass ihr jüngstes Kind außerhalb der Schulzeiten außerhalb der Familie betreut wird (Kindergarten, Kindertagesstätte, Hort, Tagesmutter o.ä.).

Abkürzungen: A = Österreich, B = Belgien, CH = Schweiz, CZ = Tschechische Republik, DK = Dänemark, DO = Ostdeutschland, DW = Westdeutschland, E = Spanien, EE = Estland, F = Frankreich, FIN = Finnland, GB = Großbritannien, GR = Griechenland, HU = Ungarn, IRL = Irland, IS = Island, L = Luxemburg, NL = Niederlande, NO = Norwegen, P = Portugal, PL = Polen, S = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UA = Ukraine

Datenbasis: European Social Survey 2004

die deutschsprachigen Länder Schweiz, Österreich, Deutschland (West) und Luxemburg, wo die die Berufstätigkeit von Müttern kaum befürwortet wird und die externe Kinderbetreuung nur selten vorkommt.

Bei dieser Betrachtung werden aber auch Ungleichgewichte zwischen der Befürwortung der Müttererwerbstätigkeit in der Gesellschaft einerseits und der außerhäuslichen Betreuung von Kindern andererseits sichtbar. In Ungarn und Griechenland findet so gut wie gar keine Betreuung außerhalb der Familie statt, obwohl 20-30% der Befragten die Müttererwerbstätigkeit durchaus befürworten. Eine im europäischen Vergleich geringe Kinderbetreuung bei vergleichsweise hoher Zustimmung in der Bevölkerung zur Frauenerwerbstätigkeit findet man in den Niederlanden, Belgien und Island.

In Einklang mit den bisherigen Ergebnissen liegen die Westdeutschen sowohl mit ihrer Haltung zur Erwerbstätigkeit von Müttern wie auch bei der Kinderbetreuung außerhalb der Familie im hinteren europäischen Mittelfeld. Ob Mütter berufstätig sein sollen und ob die Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschaffen werden sollen oder nicht, wird wohl auch in Zukunft Gegenstand kontroverser Diskussionen bleiben.

Eichhorst, Werner, Kaiser, Lutz C., Thode, Eric, Tobsch, Verena, 2007: Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich. Zwischen Paradigma und Praxis. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

■ **Angelika Scheuer und Jörg Dittmann, GESIS-ZUMA**  
 Tel.: 0621 / 1246-249 und -248  
 angelika.scheuer@gesis.org  
 joerg.dittmann@gesis.org

und gleichzeitig werden Kinder dort am häufigsten außerhäuslich betreut – in Schweden sogar zu knapp 60%, in Dänemark zu knapp 50%. Auch in Ostdeutschland sind

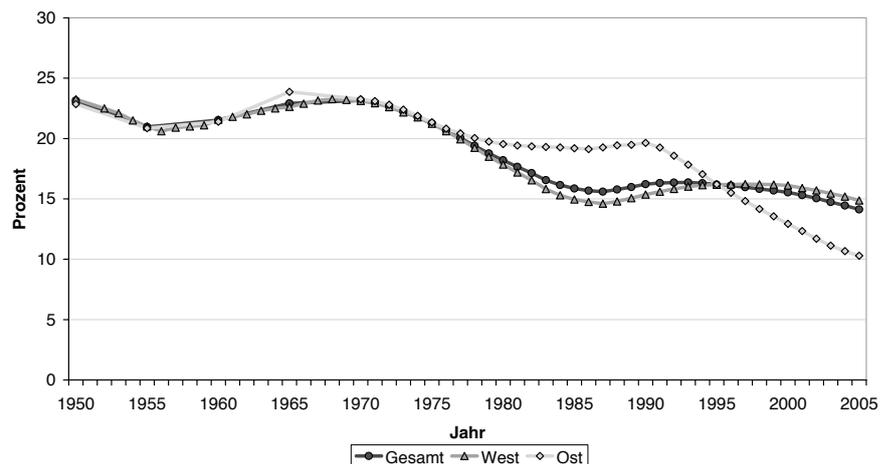
Einstellungen und externe Kinderbetreuung vergleichsweise stark ausgeprägt. Auf der anderen Seite befinden sich die osteuropäischen und die südeuropäischen Länder, aber auch

# System Sozialer Indikatoren für Deutschland

Umfassendes Datenupdate verfügbar

Die Zeitreihendaten des „Systems Sozialer Indikatoren für Deutschland“ wurden soeben umfassend aktualisiert und werden in verschiedenen Formen – darunter einer Auswahl von ca. 90 „Schlüsselindikatoren“ – auf der unten angegebenen website der Abteilung Soziale Indikatoren zum download angeboten. Die knapp 400 Indikatoren und über 3000 Zeitreihen, die das System Sozialer Indikatoren gegenwärtig umfasst, vermitteln ein detailliertes empirisches Bild der längerfristigen Wohlfahrtsentwicklung und des sozialen Wandels in Deutschland. Dazu gehören die Veränderungen in den Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Bürger ebenso wie der sozialstrukturelle Wandel. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich vom Beginn der fünfziger Jahre bis zur Gegenwart und

**Indikator D007: Bevölkerungsanteil unter 15 Jahre**



umfasst damit inzwischen mehr als ein halbes Jahrhundert.

Das Indikatorensystem gliedert sich in 13 Lebens- und Politikbereiche: Bevölkerung, Sozioökonomische Gliederung und Schicht-einstufung, Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen, Einkommen und seine Verteilung, Einkommensverwendung und Versorgung, Verkehr, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Partizipation, Umwelt, Öffentliche Sicherheit und Kriminalität sowie Freizeit und Mediennutzung. Zudem enthält es eine Reihe von übergreifenden allgemeinen Wohlfahrtsindikatoren. Soweit es die Datengrundlagen zulassen, werden die Zeitreihen seit der deutschen Vereinigung neben dem früheren Bundesgebiet auch für das heutige Gesamtdeutschland sowie für die ostdeutschen Bundesländer separat ausgewiesen. Darüber hinaus liegen für eine Vielzahl der Indikatoren auch Disaggregationen nach verschiedenen soziodemografischen bzw. sozioökonomischen Merkmalen vor.

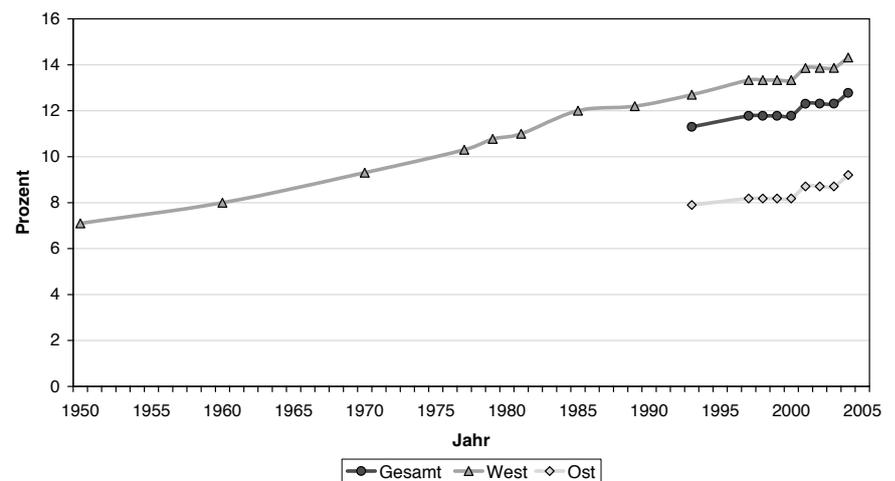
Aus der Vielzahl der Indikatoren können an dieser Stelle nur einzelne herausgegriffen werden, um exemplarisch aufzuzeigen, wie sich gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel dieses Systems Sozialer Indikatoren darstellen.

Die Entwicklung des Anteils der „unter 15-Jährigen“ – ein Indikator, der nicht zuletzt auch ein Maß für die Zukunftsfähigkeit oder Nachhaltigkeit einer Gesellschaft darstellt – dokumentiert, wie sich der demographische Wandel in einem Rückgang der jüngsten Bevölkerungsguppe niederschlägt.

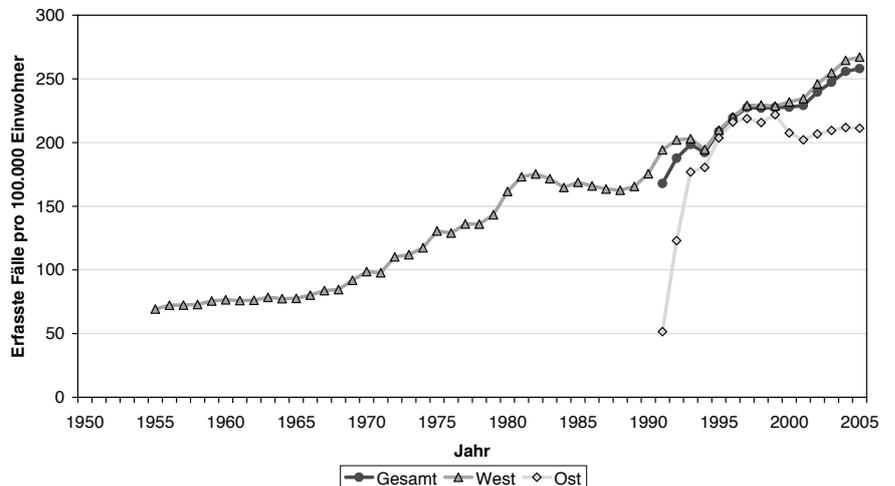
Hatte der Anteil der „unter 15-Jährigen“ in West und Ost gleichermaßen bis in die 1970er Jahre hinein noch bei fast einem Viertel der gesamten Bevölkerung gelegen, ist er inzwischen auf unter 15% gesunken und wird zukünftig noch weiter zurückgehen. Besonders bemerkenswert – wenn nicht sogar besorgniserregend – ist die Entwicklung in Ostdeutschland, wo der Anteil der „unter 15-Jährigen“ nach der deutschen Vereinigung von zwanzig auf zehn Prozent gesunken ist und sich damit in einem Zeitraum von lediglich 15 Jahren halbiert hat.

Wie sich das Gebiet der Bundesrepublik im Wandel der Zeit als Lebensraum für Mensch und Natur verändert hat, läßt sich am Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen am gesamten Staatsgebiet als einem Indikator für die Erhaltung von Umweltgütern bzw. ökologische Nachhaltigkeit ablesen. Wie in der Grafik dargestellt ist, betrug dieser Anteil im Jahr 2004 für Westdeutschland 14,3% und hat sich damit gegenüber 1950 exakt verdoppelt. In dem weniger dicht besiedelten und durch eine sehr unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklung geprägten Ostdeutschland beträgt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen im Jahr 2004 lediglich 9,2%; das entspricht etwa dem westdeutschen Wert des Jahres 1970.

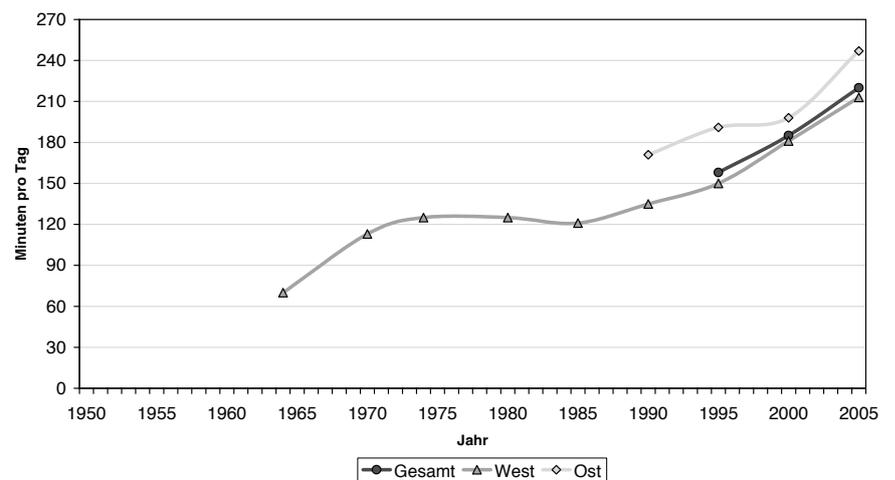
**Indikator U002: Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil**



**Indikator K003: Gewaltkriminalitätsziffer**



**Indikator F038: Dauer des Fernsehens im Tagesdurchschnitt**



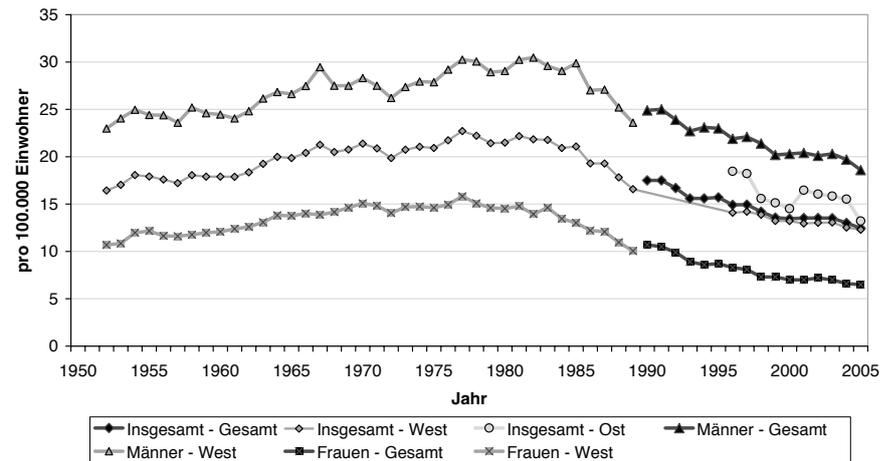
Der gesellschaftliche Wandel war in den vergangenen fünfzig Jahren nicht zuletzt auch durch eine beachtliche Zunahme der Gewaltkriminalität und eine damit einhergehende Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit charakterisiert. In Westdeutschland ist die Gewaltkriminalitätsziffer zwischen 1955 und 2005 von 69 auf 267 angezeigte Fälle pro 100.000 Einwohner gestiegen und hat sich damit in einem halben Jahrhundert nahezu

vervieracht. In Ostdeutschland, wo die Gewaltkriminalität in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung drastisch auf das damalige westdeutsche Niveau emporgeschwungen war, ist dagegen in dem zurückliegenden Jahrzehnt – von Schwankungen abgesehen – kein weiterer Anstieg zu verzeichnen.

Wie sehr Alltag und Freizeit der Menschen durch das Fernsehen bestimmt werden, lässt

sich an der durchschnittlichen Dauer des täglichen Fernsehkonsums ablesen. Nach einer deutlichen Zunahme des Fernsehkonsums in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre (1967 wurde das Farbfernsehen in der Bundesrepublik eingeführt) von damals einer auf zwei Stunden täglich, blieb die durchschnittliche Fernsehdauer bis in die Mitte der 1980er Jahre weitgehend unverändert. Erst danach – augenscheinlich durch die mit der Einführung des Privatfernsehens verbundene Ausweitung des Programmangebots befördert – ist der tägliche Fernsehkonsum der westdeutschen Bundesbürger kontinuierlich auf das heutige Niveau von durchschnittlich 3 1/4 Stunden gestiegen. In Ostdeutschland sehen die Bürger im Durchschnitt sogar mehr als vier Stunden täglich fern.

Eine auch in der Fachdiskussion bisher nur wenig beachtete, aber bemerkenswerte gesellschaftliche Entwicklung ist der – ca. Mitte der 1980er Jahre einsetzende – kontinuierliche Rückgang der Selbstmordraten in Deutschland. War die Selbstmordrate in den ersten Nachkriegsjahrzehnten im Bereich des früheren Bundesgebietes zunächst bis auf einen Maximalwert von 22,7 Selbstmorden pro 100.000 Einwohner im Jahr 1977 gestiegen, ist sie seitdem bis auf einen Wert von 12,3 Selbstmorden pro 100.000 Einwohner im Jahre 2005 – das niedrigste Niveau in der Geschichte der Bundesrepublik – gesunken. Diese Tendenz sinkender Selbstmordraten ist für Männer und Frauen sowie in West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu beobachten. Während sich die in der Vergangenheit

**Indikator M009: Selbstmordrate**

deutlich höhere ostdeutsche Selbstmordrate inzwischen weitgehend an das niedrigere westdeutsche Niveau angenähert hat, bleiben die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Selbstmordraten im Zeitverlauf bestehen, bzw. haben die diesbezüglichen relativen Differenzen zwischen Männern und Frauen sogar zugenommen: Im Jahre 2005 lag die Selbstmordrate der Frauen bei 6,5, die der Männer aber bei 18,6 Selbstmorden pro 100.000 Einwohner.

Die Tendenz sinkender Selbstmordhäufigkeiten war in den vergangenen Jahren auch in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern – darunter den USA – zu beobachten, ohne dass die Gründe dafür bereits eindeutig

identifiziert werden konnten. Als mögliche Ursachen für die positive Entwicklung werden unter anderem der Einsatz hochwirksamer Anti-Depressiva sowie die Effekte spezifischer Risikoerkennungs- und Vorbeugungsprogramme diskutiert.

Die aktualisierten Zeitreihendaten des Systems Sozialer Indikatoren für Deutschland stehen auf der folgende website zur Verfügung: [www.gesis.org/Sozialindikatoren/Daten/System\\_Sozialer\\_Indikatoren/index.htm](http://www.gesis.org/Sozialindikatoren/Daten/System_Sozialer_Indikatoren/index.htm)

#### Heinz-Herbert Noll, GESIS-ZUMA

Tel.: 0621 / 1246-241

[heinz-herbert.noll@gesis.org](mailto:heinz-herbert.noll@gesis.org)

## „Social Reporting in Europe. Citizens' Expectations Towards Welfare State Reforms“

Eine Villa Vigoni Konferenz

In dem Deutsch-Italienischen Zentrum „Villa Vigoni“ fand vom 25.-27. März eine Tagung zum Thema „Social Reporting in Europe. Citizens' Expectations Towards Welfare State Reforms“ statt. Es war bereits die zweite Villa Vigoni Konferenz, die sich mit Fragen der Sozialberichterstattung befasste. Nachdem sich die Tagung im Jahr 2006 zunächst auf Sozialberichterstattungsaktivitäten in Italien und Deutschland konzentriert hatte (vgl. ISI 36), standen diesmal Social Reports aus verschiedenen europäischen Ländern sowie der EU-Kommission zur Diskussion. Neben dem italienischen Censis-Report (C. Colicelli) und dem deutschen Datenreport (H.-H. Noll) wurden die französischen „Données Sociales“ und „Portrait Sociales“ (Ch. Chambaz), der niederländische „Social and Cultural Report“ sowie „De Sociale Staat van Nederland“ (J.

Boelhouwer), der polnische „Social Report“ (M. Zukowski) und der „Swiss Social Report“ (Ch. Suter) präsentiert und diskutiert. Ergänzend zu den nationalen Sozialberichten wurde auch der europäisch-vergleichend angelegte „Social Situation Report“ der EU-Kommission (M. Delroy) vorgestellt. Verschiedene Kommentatoren (U. Bieber, L. Sabbadini, J. Schupp) formulierten Anregungen und Wünsche an die Sozialberichterstattung sowohl aus wissenschaftlicher Sicht als auch der Perspektive des „policy making“. Die vorgestellten Sozialberichterstattungsaktivitäten wurden insbesondere aus einer Perspektive des „learning from best practice“ diskutiert, ohne aber deren teilweise lange Traditionen und die jeweiligen nationalen Besonderheiten – auch der politischen Kulturen – aus dem Blick zu verlieren.

In einem zweiten inhaltlichen Teil der Tagung wurden die Erwartungen und Einstellungen der Bürger zu den gegenwärtigen Reformen des Wohlfahrtsstaates in verschiedenen europäischen Ländern (W. Glatzer, A. Golini, J. Kohl, F. Maietta) sowie ausgewählte Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung (B. Christoph, E. Koch-Weser, St. Weick) thematisiert. Hier zeigten sich sowohl viele Parallelen zwischen den betrachteten Ländern als auch nationale Besonderheiten. Zum Abschluss der Tagung wurden die Möglichkeiten eines zukünftigen periodischen Austauschs diskutiert und die Etablierung eines informellen „European Social Reporting Networks“ ins Auge gefasst.

Die Tagung wurde von Aldo Venturelli (Villa Vigoni) und Heinz-Herbert Noll (GESIS-ZUMA) unter Beteiligung von Carla Colicelli (Censis) organisiert und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.

#### Heinz-Herbert Noll, GESIS-ZUMA

Tel.: 0621 / 1246-241

[heinz-herbert.noll@gesis.org](mailto:heinz-herbert.noll@gesis.org)

# Mehr Bangen als Hoffen

## Die SGB II-Reform aus der Sicht von Arbeitslosengeld II-Empfängern

*Im Januar 2005 wurde mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) die vierte Stufe der Hartz-Reformen umgesetzt. An Stelle der zuvor getrennten Leistungssysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe existiert seither Arbeitslosengeld II als einheitliche Leistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für erwerbsfähige Hilfebedürftige Personen von 15 bis unter 65 Jahren und ihre nicht erwerbsfähigen Angehörigen in der Bedarfsgemeinschaft. Die Reform markiert einen Paradigmenwechsel hinsichtlich staatlicher Hilfe: vom fürsorgenden hin zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat. Dieser Beitrag geht nun der Frage nach, wie die Betroffenen die Wirkungen der Gesetzesreform auf ihre eigenen Lebensumstände einschätzen und durch welche Faktoren die Wahrnehmungen beeinflusst werden. Basis der Analysen bildet eine IAB-Befragung von ca. 21.000 Arbeitslosengeld II- und ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern, die zur Übergangssituation vom alten zum neuen System der Grundsicherung befragt wurden.*

Mit dem Vierten Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (die sogenannte „Hartz IV“-Reform) wurde im Januar 2005 der zunächst letzte Schritt von umfassenden Arbeitsmarktreformen vollzogen. Kernelemente des Umbaus sind die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) und damit einhergehend leistungsrechtliche Änderungen sowie die Einführung neuer Instrumente zur Aktivierung von Hilfebedürftigen.

Der betroffene Personenkreis ist beträchtlich: Zum Zeitpunkt der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Januar 2005 existierten ca. 3,3 Mio. Bedarfsgemeinschaften im Sinne des SGB II (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2005/2006). Der Großteil der 6,12 Mio. Empfänger dieser neuen Sozialleistung erhielten zuvor Sozial- oder Arbeitslosenhilfe und ist somit direkt in das neue System übergegangen. Nach der Einführung haben sich die Empfängerzahlen deutlich erhöht. Im Juni 2006 wurde mit 7,44 Mio. Leistungsempfängern der bisher höchste Stand erreicht (ebd.). Bis zum Ende des Jahres 2006 waren die Zahlen jedoch wieder rückläufig; im Dezember 2006 waren 155.000 Personen weniger auf die neue Grundsicherung angewiesen als zur Jahresmitte. Im Jahresdurchschnitt 2006 haben insgesamt 5,4 Mio. Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II und 1,9 Mio. nicht erwerbsfähige Personen in einer Bedarfsgemeinschaft Sozialgeld erhalten (ebd.).

Erklärtes Ziel der SGB II-Reform ist, die soziale und berufliche Integration von Bedürftigen zu verbessern, um so die Leistungen zu verringern oder die Hilfebedürftigkeit ganz zu beenden (Deutscher Bundestag 2003). Durch die Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit soll der Leistungsbezieher seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten und aus dem Leistungsbezug ausscheiden können. Die Wiedereingliederung soll unter der Maxime „Fördern und Fordern“ erfolgen. Die Integration in Arbeit soll zum einen durch eine intensivere Betreuung („Fördern“) der erwerbs-

fähigen Hilfebedürftigen verbessert werden. Zu den bereits bestehenden Instrumenten und Maßnahmen des SGB III, wie sie auch den Empfängern von Arbeitslosengeld I zur Verfügung stehen (z.B. Qualifizierungsprogramme, Vermittlungsgutscheine oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen), wurden deshalb zusätzliche arbeitsmarktpolitische Instrumente geschaffen. Sie sollen in der Regel zunächst die Voraussetzungen für eine mögliche Eingliederung in das Erwerbsleben schaffen. Beispielsweise sind Leistungen im psychosozialen Bereich (Schuldner- oder Suchtberatung) oder zur Verbesserung von Kinderbetreuung vorgesehen, wenn dies die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bislang verhinderte. Neben einem erweiterten Instrumentarium sollen persönliche Ansprechpartner für den Hilfebedürftigen eine intensivere Betreuung gewährleisten.

Zum anderen wurden mit der Einführung des SGB II-Gesetzbuches Forderungen und Zumutungen an die Leistungsempfänger deutlich ausgeweitet. Eigenverantwortung und aktive Mitwirkung der Leistungsbezieher werden betont und eingefordert. Mit Hilfe von Kontrollen, vertraglichen Verpflichtungen und Sanktionen sollen Leistungsempfänger dazu gebracht werden, möglichst schnell eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Dazu gehört beispielsweise, dass arbeitslose Hilfeempfänger nun gesetzlich verpflichtet sind, jede zumutbare Arbeit anzunehmen, auch wenn diese der Qualifikation oder früheren Beschäftigung nicht entspricht. Werden Verpflichtungen seitens des Hilfebedürftigen nicht erfüllt, kann das Arbeitslosengeld II für einen bestimmten Zeitraum gekürzt werden.

Im Folgenden soll nun untersucht werden, wie diese Umbruchsituation infolge der gesetzlichen Änderungen und der Mix aus unterstützenden und fordernden Aktivierungsstrategien von den Leistungsbeziehern insgesamt wahrgenommen und bewertet wird und welche individuellen Faktoren bei dieser Bewertung eine Rolle spielen: Akzeptiert der betroffene Personenkreis die Neuregelung? Werden diese positiv im Sinne einer Unterstützung bei der (Re-)Integration in

den Arbeitsmarkt oder negativ im Sinne einer Statusabwertung gedeutet?

Bislang ist die empirische Analyse von subjektiven Bewertungen der aktuellen Arbeitsmarktreformen noch weitgehend Neuland. Vorliegende Evaluationsstudien zu der SGB II-Reform konzentrieren sich in erster Linie auf die Deskription der wahrgenommenen Dienstleistungsqualität von Arbeitsagenturen. Hier werden dann Aspekte wie Kundenzufriedenheit und Institutionenvertrauen in den Blick genommen (Hess u.a. 2004).

### SGB II-Reform: Integrationszuversicht oder Statusabwertung?

Datengrundlage für die folgende empirische Analyse bildet die IAB-Befragung „Lebenssituation und soziale Sicherung“. Ziel dieser Studie war, den Wechsel vom alten System aus Arbeitslosen- und Sozialhilfe in das neue System des Arbeitslosengeldes II zeitnah zu untersuchen. Im Mittelpunkt der Befragung standen die soziale Lage vor und nach der Reform, die Erfassung des Leistungsbezugs sowie die institutionelle Einbindung der Arbeitslosengeld II-Bezieher (Beratung, Aktivierung, Maßnahmeteilnahme) sowie die Erwerbs- und Maßnahmeverläufe seit Abschluss der Schulzeit.

Die Grundgesamtheit umfasst zum einen Personen, die im Januar 2005 ALG II bezogen haben (erstmalig Bedürftige wie auch ehemalige Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfeempfänger) und zum anderen ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger vom Dezember 2004, die im Januar 2005 keine Leistungen mehr erhielten. Die Stichprobe basiert auf Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit.<sup>1</sup> Zwischen November 2005 und März 2006 konnten insgesamt 20.832 Personeninterviews realisiert werden (telefonisch bzw. persönlich), darunter auch fremdsprachige Interviews in Türkisch, Russisch und Serbo-kroatisch (insgesamt 7,3%). Die vorliegenden Auswertungen<sup>2</sup> stützen sich auf jene Arbeitslosengeld II-Bezieher, die bereits Kontakt zu den lokalen Trägereinrichtungen hatten und somit die Beratungs- und Betreuungspraxis bewerten konnten.

Zur Messung der Akzeptanz der SGB II-Reform wurden den Befragten im Rahmen des Interviews zehn Aussagen vorgelegt, die mögliche individuelle Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe beschreiben. Zu jeder Aussage sollten die Befragten angeben, ob sie auf ihre jetzige Situation voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder überhaupt nicht zutrifft.<sup>3</sup> Die zehn Aussagen spiegeln zwei Grunddimensionen wider: Die Integrationszuversicht wird mit fünf Items zu den Chancen Arbeit zu finden und der erwarteten Verbesserung der Lebenssituation untersucht. Weitere fünf Fragen erfassen das Empfinden einer Statusabwertung. Wichtig sind hier beispielsweise das soziale Ansehen, Ungerechtigkeit und die Angst vor Armut.

**Ein Fünftel hofft auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt**

Zentrales Ziel der Gesetzesreform ist die (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Nur solange eine Eingliederung nicht möglich ist, soll der Lebensunterhalt durch die neue Grundsicherung abgesichert werden. Inwieweit dies nach Meinung der Betroffenen durch die Gesetzesänderungen erreicht werden kann, wird im Folgenden genauer untersucht.

Betrachtet man alle fünf Aussagen zusammengefasst (Index)<sup>4</sup>, zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit (79%) ca. ein Jahr nach der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende keine oder kaum positive Auswirkungen der neuen Reform auf ihre Lebenssituation sieht (Grafik 1). Durchweg negative Erwartungen äußerten sogar 32%. Insgesamt 22% der Befragten sind zuversichtlich hinsichtlich ihrer Integration: Sie stimmen den fünf positiven Aussagen voll und ganz zu (3%) bzw. eher zu (19%). Unter Berücksichtigung der zeitnahen Befragung während der Übergangssituation und den Startschwierigkeiten der Reform ist dies durchaus ein nicht zu vernachlässigender Anteil.

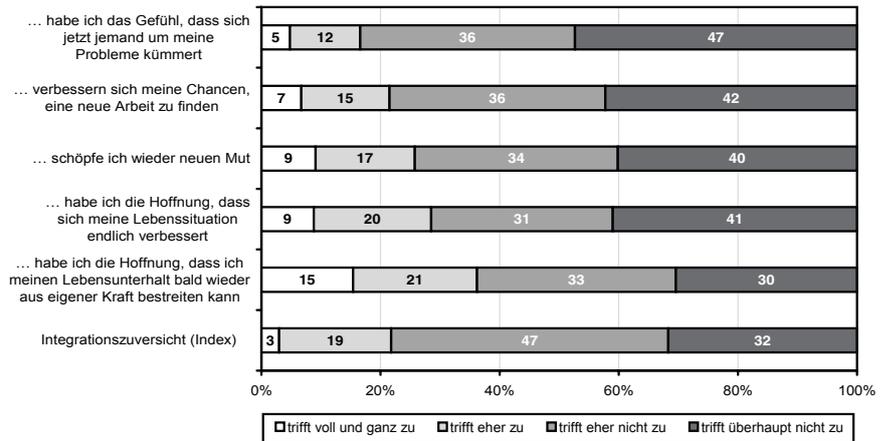
Am ehesten stimmen die Betroffenen der Aussage zu, dass sie darauf hoffen, ihren Lebensunterhalt bald aus eigener Kraft bestreiten zu können (36% stimmen der Aussage voll und ganz bzw. eher zu). Annähernd ein Viertel der Befragten hofft, dass sich die eigene Lebenssituation verbessert, und schöpft durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wieder neuen Mut. Jeweils um die 40% der Befragten teilen jedoch diese beiden Einschätzungen überhaupt nicht und weitere ca. 30% nur eingeschränkt.

Dass sich infolge der Reform die Aussichten auf einen Arbeitsplatz verbessern könnten, äußern 22% der Arbeitslosengeld II-Empfänger, wobei aber nur 7% fest davon überzeugt sind. Die überwiegende Mehrheit der Leistungsbezieher hat des Weiteren nicht das Gefühl, dass die SGB II-Reform dazu geführt hat, dass die individuell auf sie zugeschnittene Hilfe und Beratung verbessert wurden. Insgesamt 47% sind überhaupt nicht und weitere 34% eher nicht der Meinung, dass sich seit der Reform „jemand um meine Probleme kümmert“.

Neben der Bewertung der Integrationszuversicht sollten sich die Befragten auch zu einer möglichen erlebten Statusauf- bzw. -abwertung infolge der Reform äußern. Dabei war zweierlei von Interesse. Zum einen eine Statusabwertung im Sinne einer Abwertung der eigenen Leistungen und Fähigkeiten, beispielsweise dann, wenn gefordert wird, Tätigkeiten aufzunehmen, die weit unter der eigenen Qualifikation liegen. Zum anderen eine Statusabwertung im Sinne einer Verschlechterung der finanziellen Lage. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Einführung der pauschalierten Grundsicherung bedeutete für einige Gruppen eine finanzielle

**Grafik 1: Aussagen zur Integrationszuversicht (in Prozent)**

Durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe...



Quelle: IAB-Querschnittsbefragung 2005/06 (gewichtet)

Schlechterstellung. Ältere mit relativ hohen Arbeitslosenhilfeansprüchen und Paarhaushalte mit einem erwerbstätigen Partner gehören zu den „Verlierern“ der Reform; bei letzteren wird das Einkommen des nicht-arbeitslosen Partners jetzt mit in die Bedarfsprüfung einbezogen und auf die Transferleistung angerechnet (Blos/Rudolph 2005). Anders ist die Situation von ehemaligen Sozialhilfehaushalten, Arbeitslosenhilfehaushalten mit einem damaligen geringen Erwerbseinkommen und Alleinerziehenden. Diese profitieren eher von der Reform, da sie nun (geringfügig) höhere Transferzahlungen erhalten.

**Mehr als ein Drittel empfindet eine Statusabwertung**

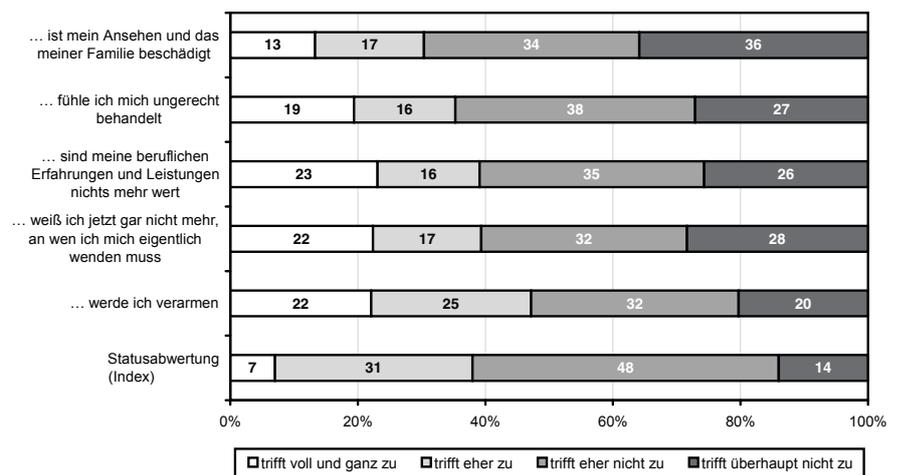
Inwieweit nehmen nun die Leistungsempfänger, die im Rahmen der IAB-Querschnittsbefragung interviewt wurden, einen Statusverlust wahr? Insgesamt sprechen 38% der Befragten von einer Verschlechterung ihrer Situation, wobei 7% diesen Statusverlust als sehr stark einschätzen (Grafik 2). Die Mehrheit der Befragten interpretiert die Auswirkungen der

Reform auf ihre Situation eher nicht (48%) oder überhaupt nicht (14%) negativ. Die größte Sorge der Arbeitslosengeld II-Empfänger ist die Armutsgefährdung. Fast die Hälfte (47%) äußert Angst vor Armut infolge der Einführung der neuen Grundsicherung. Insgesamt 22% stimmen der Aussage zu verarmen voll und ganz und 25% eher zu.

Die Notwendigkeit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde auch mit dem Umstand begründet, dass das gegenwärtige Nebeneinander von zwei staatlichen Fürsorgesystemen intransparent, ineffizient und wenig bürgerfreundlich ist (Deutscher Bundestag 2003). Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende sollten auch organisatorische Änderungen eine schnelle Hilfestellung bei Bedürftigkeit erleichtern und Bürokratie abbauen. Finanzielle Leistungen wie auch Betreuungs- und Beratungsleistungen erhält der Bedürftige nun von dem jeweiligen Träger „aus einer Hand“. Bei den Trägern soll zusätzlich ein persönlicher Ansprechpartner eine intensivere Betreuung gewährleisten. Trotz dieser angestrebten Vereinfachung be-

**Grafik 2: Aussagen zur wahrgenommenen Statusabwertung (in Prozent)**

Durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe...



Quelle: IAB-Querschnittsbefragung 2005/06 (gewichtet)

richten 39% der befragten Leistungsbezieher Unsicherheiten, an wen man sich nun wenden müsse. Es ist aber anzunehmen, dass dieser hohe Prozentsatz insbesondere auf den – für solch eine weitreichende Umstrukturierung kurzen – Zeitabstand zwischen Reformstart und Evaluation von 11 bis 17 Monaten zurückzuführen ist. Zudem dürften sich hier auch organisatorische Startschwierigkeiten bei den Trägern sowie ein unzureichender Informationsstand seitens der Hilfebedürftigen negativ bemerkbar machen.

Wie bereits ausgeführt ist das „Fordern“ (strengere Anspruchsvoraussetzungen, Sanktionen, Zumutbarkeiten) ein zentraler Bestandteil der Reform. Diese Neuregelungen führen bei ungefähr einem Drittel der Leistungsempfänger zu einer negativen Bewertung. Eine Entwertung der eigenen beruflichen Leistungen und Erfahrungen – sicherlich zurückzuführen auf die weitergefassten Zumutbarkeitsregeln – sehen 39% aller befragten Bezieher. Das Gefühl (eher) ungerecht behandelt zu werden, äußern 35% aller Befragten. Jedoch widerspricht auch jeweils etwa ein Viertel der Hilfebedürftigen

solch einer Sichtweise; sie haben weder das Gefühl einer ungerechten Behandlung noch dass ihre Leistung durch die Reform geschmälert werden. Am geringsten ist nach Auskunft der Befragten die Gefahr, dass die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe das eigene Ansehen und das der Familie beschädigen würde. Insgesamt 30% stimmen dieser Aussage eher bzw. voll und ganz zu.

Im Folgenden wird untersucht, ob und wie sich bestimmte Personengruppen in ihren Bewertungen unterscheiden. Betrachtet werden dabei persönliche Merkmale wie das Alter der Befragten, ein eventueller Migrationshintergrund und das Bildungsniveau als wichtige Arbeitsmarktressource. Daneben soll der Blick auch auf die finanziellen „Gewinner“ und „Verlierer“ der Reform – im Sinne der Veränderung der finanziellen Situation des Haushalts gegenüber Dezember 2004, also vor Beginn der Reform – und ihren jeweiligen Einschätzungen gerichtet werden. Ferner werden Personengruppen je nach ihrer erfahrenen Betreuung durch den SGB II-Träger unterschieden.

**Chancen auf dem Arbeitsmarkt werden nach Beratung höher eingeschätzt, Ältere befürchten am häufigsten Statusverlust**

Eine Verbesserung ihrer Chancen sehen insbesondere Jüngere (bis unter 25 Jahre), Befragte mit Migrationshintergrund, Personen mit niedriger Bildung sowie Befragte, die vom zuständigen Träger intensiv betreut werden (Tabelle 1). Ca. ein Drittel dieser Personengruppen stimmen den vorgelegten Aussagen voll und ganz bzw. eher zu. Besonders pessimistisch sind Befragte, die bislang keine oder kaum Beratung von den Trägern erhalten haben und ältere Befragte zwischen 55 und 65 Jahre. Sie glauben am seltensten, dass sich durch Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ihre Arbeitsmarktchancen verbessern. 64% der Älteren sowie 49% der Personen mit bisher geringer Beratungsintensität lehnen die Aussage voll und ganz ab. Die ostdeutschen Betroffenen schätzen durch die Reform ihre Arbeitsmarktchancen schlechter ein als die Westdeutschen.

Von Interesse ist des Weiteren die Einschätzung, inwieweit sich die Hilfeleistung seitens

**Tabelle 1: Ausgewählte Reform-Bewertung von Arbeitslosengeld II-Bezieher differenziert nach Personengruppen (in Prozent)**

|   | Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ... |    |    |    |  |    |    |    |   |    |    |    |                         |    |    |    |
|---|--|----|----|----|--|----|----|----|---|----|----|----|-------------------------|----|----|----|
|   | ... verbessern sich meine Chancen eine neue Arbeit zu finden.  |    |    |    | ... habe ich das Gefühl, dass sich jetzt jemand um meine Probleme kümmert. |    |    |    | ... sind meine beruflichen Erfahrungen und Leistungen nichts mehr wert. |    |    |    | ... werde ich verarmen. |    |    |    |
|   | --   | -  | +  | ++ | --   | -  | +  | ++ | --  | -  | +  | ++ | --                      | -  | +  | ++ |
| <b>Gesamt</b>                           | 42   | 36 | 15 | 7  | 47   | 36 | 12 | 5  | 26  | 35 | 16 | 23 | 20                      | 32 | 25 | 22 |
| <b>Region</b>                           |  |    |    |    |  |    |    |    |   |    |    |    |                         |    |    |    |
| West                                    | 40   | 35 | 17 | 8  | 44   | 35 | 13 | 6  | 27  | 35 | 17 | 22 | 21                      | 31 | 25 | 23 |
| Ost                                     | 45   | 39 | 11 | 5  | 48   | 38 | 10 | 3  | 23  | 36 | 16 | 25 | 17                      | 34 | 27 | 22 |
| <b>Staatsangehörigkeit</b>              |  |    |    |    |  |    |    |    |   |    |    |    |                         |    |    |    |
| deutsch                                 | 44   | 37 | 13 | 6  | 49   | 37 | 10 | 4  | 25  | 36 | 16 | 24 | 19                      | 33 | 26 | 23 |
| nicht-deutsch                           | 32   | 31 | 24 | 12 | 39   | 32 | 20 | 8  | 29  | 32 | 18 | 20 | 25                      | 31 | 24 | 21 |
| <b>Alter in Jahren</b>                  |  |    |    |    |  |    |    |    |   |    |    |    |                         |    |    |    |
| bis unter 25                            | 26   | 41 | 24 | 9  | 33   | 43 | 17 | 8  | 30  | 47 | 13 | 9  | 35                      | 45 | 14 | 7  |
| 25 bis unter 35                         | 34   | 41 | 18 | 8  | 43   | 41 | 12 | 4  | 26  | 40 | 18 | 16 | 21                      | 38 | 24 | 17 |
| 35 bis unter 45                         | 42   | 37 | 14 | 7  | 50   | 35 | 11 | 4  | 24  | 35 | 17 | 23 | 16                      | 29 | 30 | 26 |
| 45 bis unter 55                         | 48   | 34 | 12 | 6  | 52   | 33 | 10 | 4  | 23  | 30 | 17 | 31 | 12                      | 25 | 31 | 33 |
| 55 bis unter 65                         | 64   | 26 | 6  | 4  | 59   | 27 | 9  | 4  | 26  | 23 | 13 | 39 | 18                      | 26 | 26 | 30 |
| <b>Bildung</b>                          |  |    |    |    |  |    |    |    |   |    |    |    |                         |    |    |    |
| Ohne/Sonder-<br>schulabschluss          | 34   | 33 | 21 | 12 | 40   | 37 | 15 | 8  | 27  | 38 | 16 | 20 | 21                      | 30 | 25 | 25 |
| Hauptschule                             | 41   | 35 | 16 | 8  | 48   | 35 | 11 | 5  | 25  | 35 | 16 | 25 | 17                      | 31 | 26 | 26 |
| Mittlere Reife                          | 45   | 39 | 12 | 4  | 49   | 38 | 10 | 3  | 23  | 36 | 17 | 24 | 17                      | 34 | 28 | 21 |
| (Fach-)Abitur                           | 45   | 35 | 14 | 7  | 50   | 33 | 13 | 5  | 31  | 32 | 17 | 20 | 26                      | 31 | 25 | 19 |
| <b>finanzielle Situation seit 12/04</b> |  |    |    |    |  |    |    |    |   |    |    |    |                         |    |    |    |
| schlechter                              | 48   | 36 | 11 | 6  | 55   | 34 | 8  | 3  | 20  | 32 | 17 | 30 | 10                      | 25 | 32 | 33 |
| gleich                                  | 34   | 39 | 19 | 8  | 39   | 41 | 15 | 5  | 30  | 41 | 15 | 15 | 27                      | 43 | 20 | 11 |
| besser                                  | 36   | 35 | 21 | 9  | 39   | 35 | 18 | 8  | 35  | 37 | 14 | 14 | 33                      | 39 | 17 | 11 |
| <b>Beratungsintensität</b>              |  |    |    |    |  |    |    |    |   |    |    |    |                         |    |    |    |
| gering                                  | 49   | 36 | 11 | 4  | 56   | 34 | 7  | 2  | 22  | 34 | 16 | 28 | 16                      | 31 | 26 | 27 |
| mittel                                  | 43   | 39 | 13 | 5  | 50   | 38 | 9  | 3  | 22  | 36 | 18 | 24 | 16                      | 32 | 27 | 25 |
| hoch                                    | 30   | 38 | 22 | 10 | 34   | 41 | 19 | 7  | 26  | 40 | 17 | 18 | 19                      | 35 | 26 | 20 |

-- „trifft überhaupt nicht zu“, - „trifft eher nicht zu“, + „trifft eher zu“, ++ „trifft voll und ganz zu“  
Werte über oder unter 100% ergeben sich aufgrund von Rundungen.

Datenbasis: IAB-Querschnittsbefragung 2005/06 (gewichtet)

der SGB II-Träger verbessert haben. Auch hier ergibt sich ein ähnliches Bild hinsichtlich der eher optimistischeren bzw. pessimistischeren Personengruppen. Personen mit Migrationshintergrund und mit geringerer Bildung bewerten die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eher positiv in dem Sinne, dass sie das Gefühl haben, dass man sich nun um ihre Probleme kümmert. Pessimistisch dagegen sehen dies ältere Befragte, Befragte, die auch bislang keine Betreuung seitens der Träger erhalten haben sowie finanzielle „Verlierer“ der Reform. Über die Hälfte dieser Personengruppen stimmen der Aussage überhaupt nicht zu, jetzt einen guten Ansprechpartner zu haben. Wie auch bei der Frage zu den Arbeitsmarktchancen äußern sich die ostdeutschen Befragten hierzu skeptischer als die Westdeutschen.

Das Gefühl, dass die eigenen beruflichen Erfahrungen und Leistungen nichts mehr wert sind, äußern vor allem ältere Befragte. Zum Vergleich: Nur 9% der unter 25-Jährigen, aber 31% der 45- bis 55-Jährigen und 39% der 55- bis 65-Jährigen stimmen voll und ganz zu. Daneben empfinden auch finanzielle „Verlierer“ der Reform sowie Personen, die bislang erst wenig Beratung von den SGB II-Trägern erhalten haben, eine Entwertung ihrer beruflichen Erfolge und Leistungen. Höher Gebildete, d.h. Befragte mit (Fach-)Abitur nehmen eine Abwertung ihres beruflichen Kapitals weniger stark wahr (ca. ein Drittel widerspricht dem voll und ganz).

#### Finanzielle „Verlierer“ der Reform haben Angst vor Verarmung, Jüngere sind zusehender

Jene Befragten, die bereits schon im Vergleich zum Dezember 2004 finanzielle Einbußen durch die Reform erfahren haben – sei es weil sie nun aufgrund der geänderten Anrechnungsvoraussetzungen einen niedrigeren Leistungssatz bekommen oder sie ihren Anspruch auf Hilfeleistung ganz verloren haben – äußern am häufigsten Angst zu verarmen. Ein Drittel (33%) stimmt der Aussage voll und ganz zu, ein weiteres Drittel (32%) stimmt der Aussage eher zu. Insgesamt waren es 48% der Befragten, die Angst vor Verarmung geäußert haben. Jüngere Befragte sind, wie auch die Auswertungen der anderen Statements zeigen, wiederum optimistischer als alle anderen Personengruppen. Lediglich 7% der unter 25-Jährigen hat Ängste zu verarmen und sogar ein Drittel (35%) äußert diesbezüglich keinerlei Ängste.

Abschließend kann festgehalten werden: Im ersten Jahr der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende empfindet mehr als jeder dritte Leistungsbezieher Statusverluste. Etwa jeder Fünfte erwartet eine Verbesserung seiner Lebenssituation. Angesichts der kritischen öffentlichen Debatte um Hartz IV fällt das Ergebnis positiver als erwartet aus. Die Bewertung der Reform hängt dabei zum einen von persönlichen Merkmalen der Leistungsbezieher

und ihren Arbeitsmarktchancen ab. Vor allem ältere Befragte äußern sich pessimistisch, sie schätzen ihre Arbeitsmarktchancen gering ein, fühlen sich nicht gut unterstützt und nehmen auch am häufigsten eine Abwertung ihres beruflichen Kapitals wahr. Neben persönlichen Merkmalen werden die Einschätzungen aber zum anderen auch durch die Ausgestaltung und Anwendung der aktivierenden Strategien geprägt. Insbesondere Personengruppen, die bereits umfassende Beratungsleistungen erhalten haben, äußern sich positiver, wenn es um die Akzeptanz und Bewertung der SGB II-Reform geht.

Einschränkend ist anzumerken, dass bei Befragungen spezifischer Zielgruppen mögliche Selektionseffekte nicht kontrolliert werden können. Unklar bleibt, ob eher zufriedene oder eher unzufriedene Leistungsbezieher an solchen Befragungen teilnehmen, die die Grundlage für diese Analysen darstellen. Zudem kann mit den vorliegenden Querschnittsdaten nur eine erste Bestandsaufnahme der subjektiven Bewertungen der Reformfolgen vorgenommen werden. Erst im Längsschnitt wird sich zeigen, in welchem Umfang es den Leistungsbezieher gelingt, in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis einzumünden. Auch daran werden sich zukünftig die Einschätzungen der Betroffenen und sicher auch weiterer Bevölkerungskreise orientieren.

1 Zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung lagen in annähernd einem Drittel der (Land-)Kreise (vor allem Kreise mit optierenden Kommunen) nur unzureichende Informationen vor, sodass keine Ziehunggrundlage für Arbeitslosengeld II-Empfänger existierte. Die Analysen sind somit lediglich für die ausgewählten Kreise repräsentativ. Um die Lücke zu schließen, wurde eine zweite, weniger umfangreiche Befragung von Arbeitslosengeld II-Empfängern in den

noch fehlenden Kreisen angeschlossen.

2 Der Datensatz wurde gewichtet analysiert, sodass design- und erhebungsbedingte Ausfälle ausgeglichen werden konnten.

3 Der Fragetext lautet: „Zum Schluss möchte ich gerne noch wissen, wie sich die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf Sie auswirkt bzw. ausgewirkt hat. Bitte geben Sie an, ob die folgenden Aussagen für Sie persönlich eher zutreffen oder eher nicht zutreffen.“

4 Dafür wurde aus den fünf Einzelwerten das arithmetische Mittel berechnet. Der Wertebereich liegt zwischen 1 (alle fünf Items abgelehnt) und 5 (allen fünf Items zugestimmt).

Blos, Kerstin, Rudolph, Helmut, 2005: Verlierer, aber auch Gewinner. IAB Kurzbericht 17/2005.

Deutscher Bundestag, 2003: Entwurf eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bundesdrucksache 15/1516, Berlin.

Hess, Doris, Steinwede, Angelika, Schröder, Helmut, Smid, Menno, 2004: Akzeptanz der Bundesagentur für Arbeit. Nullmessung im Jahr 2004. Ergebnisbericht infas. Bonn.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2005, 2006: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II. Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder. Januar 2005-Dezember 2006 – Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

■ **Juliane Achatz und Claudia Wenzig, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg**  
Tel. 0911/179-2527 und -1349  
juliane.achatz@iab.de  
claudia.wenzig@iab.de

## Sozialberichterstattung in Europa

Neue Berichte aus Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien

### Frankreich: **Données Sociales 2006 – La Société Française**

Das Institut National de la Statistique et des Études (INSEE) gibt alle 3 Jahre den Sozialbericht „Données Sociales – La Société Française“ heraus, zuletzt im Jahre 2006. Dabei handelt es sich um ein Kompendium von 70 Aufsätzen von Sozialwissenschaftlern und Statistikern zu den Bereichen Bevölkerung und Familie, Schul- und Berufsbildung, Arbeit, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen, Einkommen und Erbe, Wohnen, Gesundheit und soziale Sicherheit sowie einigen speziellen gesellschaftlichen Themen. Für jeden Themenbereich werden die wichtigsten

Entwicklungen somit aus verschiedenen Blickrichtungen beleuchtet. Die Beschreibung der französischen Gesellschaft wird durch internationale (d.h. vor allem europäische) Vergleiche sowie durch Prognosen für die Zukunft ergänzt.

In der aktuellen Ausgabe der „Données Sociales“ wird dem Themenbereich Arbeit breitere Aufmerksamkeit gewidmet, und hier insbesondere der Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt, den Unsicherheiten und Brüchen im Verlauf eines Arbeitslebens sowie den Möglichkeiten der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt. Aufgrund der Rentenreform wurde die Analyse von Rechten und Perspektiven

der Rentner vollständig überarbeitet. Ein roter Faden, der sich durch alle Kapitel zieht, ergibt sich aus der Notwendigkeit, berufliches und privates Leben miteinander zu vereinbaren, und zwar in verschiedenen Lebensphasen in unterschiedlicher Weise. Die spezifische Gestaltung dieses Geflechts aus beruflichen und privaten Lebensbedingungen macht die Lebensqualität in der französischen Gesellschaft aus. Die einzelnen Kapitel des Sozialberichts stehen auf der Website des INSEE ([www.insee.fr](http://www.insee.fr)) zum download zur Verfügung.

### Niederlande: SCR 2006 „Investieren in vermogen“

Der jüngste Sozialbericht des Sociaal en Cultureel Planbureau (SCP) ist der Sociaal Cultureel Rapport (SCR) 2006. Der 17. Band dieser 1974 begonnenen Reihe bricht mit der Tradition früherer Berichte, indem nun anstelle systematischer Überblickskapitel eher essayistische Themenberichte präsentiert werden. Die systematische Sozialberichterstattung wird nun von der Reihe „Sociale Staat van Nederland“ geleistet (vgl. ISI 36:11), deren neuste Ausgabe im September 2007 erscheinen wird.

Der SCR 2006 widmet sich unter der Überschrift „Investieren in Vermögen“ der Suche

nach inspirierenden Vorbildern, d.h. gesellschaftlichen Gruppen, die entweder besonders erfolgreich sind oder als Vorreiter sozialen Wandels angesehen werden. Dabei war die Perspektive der Hoffnung auf Wachstum, die auch von der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung getragen wird, für die Auswahl der Themen der 12 Kapitel entscheidend. Behandelt wird die Zunahme der Universitätsausbildung, Einrichtungen für Hochbegabte, EDV-Kenntnisse in der Gesellschaft, erfolgreiche Minderheiten in der Mittelklasse, Vollzeit arbeitende Mütter, Innovation und besondere Stärken der Niederländer, Strukturwandel in der Landwirtschaft, Investitionen in die Gesundheit, informelle Hilfeleistung, das gesellschaftliche Engagement von Kirchgängern sowie Investitionen in den Wohnungsbestand und in Problemviertel. Der Sociaal Cultureel Rapport 2006 steht zum download zur Verfügung unter [www.scp.nl/publicaties/boken/9037702856.shtml](http://www.scp.nl/publicaties/boken/9037702856.shtml).

### Großbritannien: Social Trends 2007

Im April 2007 publizierte das Office for National Statistics die 37. Ausgabe der „Social Trends“. Anders als in früheren Ausgaben dieser Reihe wird kein Leitthema mehr vorangestellt (wie bspw. 2006 die ethnische

Zusammensetzung der Bevölkerung). Die thematischen Kapitel stehen nun eigenständig nebeneinander und wurden entsprechend neu organisiert und aktualisiert. Bei der aktuellen Überarbeitung wurde jedoch den sich wandelnden Lebensbedingungen von Kindern und jungen Erwachsenen besonderes Augenmerk geschenkt.

In den 13 Kapiteln zu Bevölkerung, Haushalte und Familien, Bildung und Ausbildung, Arbeitsmarkt, Einkommen und Vermögen, Ausgaben, Gesundheit, Soziale Sicherheit, Kriminalität und Sicherheit, Wohnen, Umwelt, Transport sowie Lebensstile und soziale Partizipation wird in klassischer Manier ein Gesamtüberblick über Zustand und Entwicklung der britischen Gesellschaft gegeben. Ergänzt wird der Bericht durch einen detaillierten Appendix, der die verwendeten und weitere Informationsquellen auflistet. Die „Social Trends 2007“ sowie weiterführende Informationen sind im Internet allgemein zugänglich unter [www.statistics.gov.uk/socialtrends](http://www.statistics.gov.uk/socialtrends).

### Angelika Scheuer, GESIS-ZUMA

Tel.: 0621-1246-249

[angelika.scheuer@gesis.org](mailto:angelika.scheuer@gesis.org)

## Etwas mehr Anpassung gewünscht

### Einstellungen zur Integration von Ausländern in Deutschland

*Die Integration von Ausländern ist ein Thema, das seit langem Aufmerksamkeit in der öffentlichen Diskussion findet. Anlass für eine solche Debatte sind offensichtlich Schwierigkeiten, die immer wieder im Integrationsprozess auftreten. So hat das schlechte Abschneiden von Schülern mit Migrationshintergrund in den PISA-Studien die Problematik mangelnder Integration wiederholt deutlich gemacht. Auch ist man sich zunehmend der Tatsache bewusst geworden, dass sich viele Ausländer in subkulturelle Gemeinschaften zurückgezogen haben. Vor diesem Hintergrund werden immer wieder Initiativen gestartet, die den Ausländern die Integration in die deutsche Gesellschaft erleichtern sollen. Dabei hat es sich allerdings als Problem erwiesen, dass man sich in Deutschland lange gescheut hat, auch den Ausländern eine gewisse Integrationsleistung abzuverlangen. Die ALLBUS-Umfrage von 2006 bietet die Möglichkeit zu untersuchen, ob sich die Einstellungen der Deutschen zur Integration der Ausländer diesbezüglich verändert haben.*

Die Bundesrepublik hat bereits vielfältige Erfahrung mit Zuwanderung von Ausländern gemacht. Im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs wurden Gastarbeiter vorwiegend aus Südeuropa angeworben, die sich teilweise dauerhaft in Deutschland angesiedelt haben. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks kamen – neben den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien – vor allem viele deutschstämmige Aussiedler nach Deutschland. Daneben gab es zeitweise eine große Zahl Asylsuchender. Jede dieser Zuwanderergruppen stellte eine neue Herausforderung an die Integrationsbereitschaft der Deutschen dar. Ob die Eingliederung erfolgreich verläuft, hängt auch davon ab, dass die Integration von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Herkunftsländer in unserer Gesellschaft

überhaupt auf Akzeptanz stößt. In den Medien wird dabei immer wieder suggeriert, dass die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland zunehme, was beispielsweise mit der steigenden Zahl ausländerfeindlicher Straftaten belegt wird. Langzeitdaten aus den ALLBUS-Umfragen geben uns die Möglichkeit, zunächst die Behauptung zu überprüfen, ob tatsächlich eine wachsende Ablehnung von Ausländern in der Bevölkerung zu beobachten ist.<sup>1</sup>

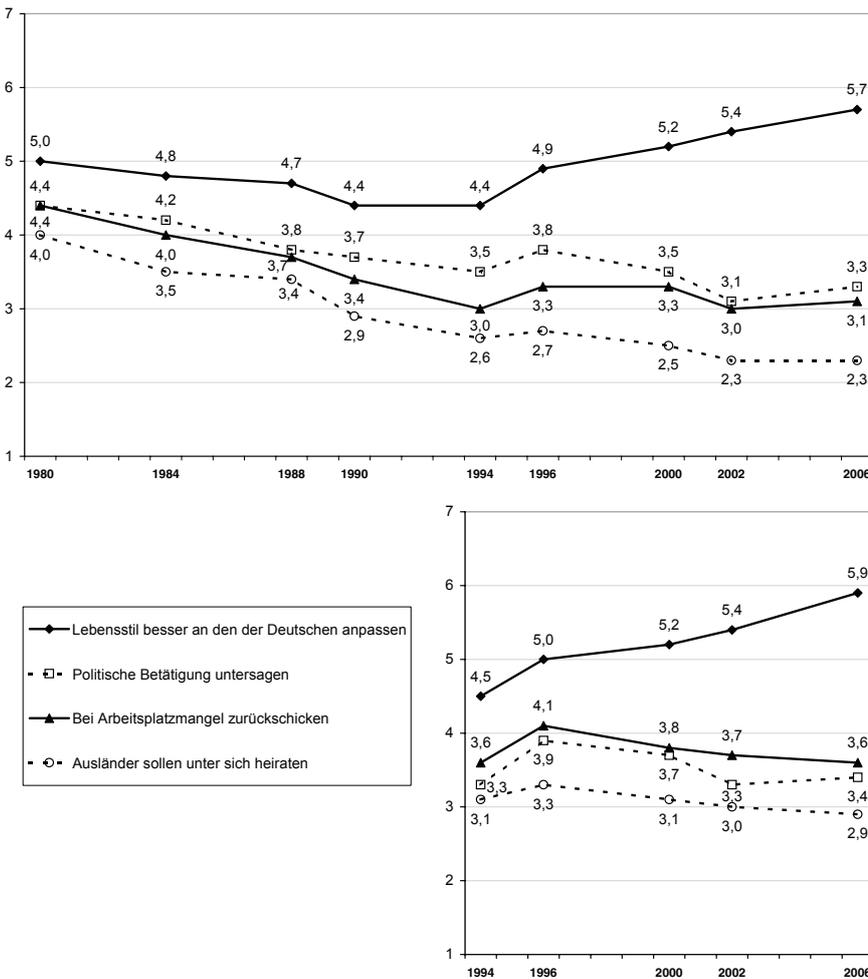
Seit 1980 werden in den ALLBUS-Umfragen vier Fragen gestellt, die es erlauben, die Entwicklung der Einstellungen der Deutschen gegenüber den Ausländern über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahrzehnten zu untersuchen. Bei der Formulierung der Fragen stand das Konzept des Gastarbeiters im Vordergrund

mit der Vorstellung, dass diese nur für einige Jahre in Deutschland arbeiten und dann in ihre Heimat zurückkehren würden:

- Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.
- Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.
- Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.
- Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.

Grafik 1 stellt dar, wie sich die Zustimmung zu den vier Aussagen zwischen 1980 und 2006 verändert hat, in Westdeutschland seit 1980, in Ostdeutschland seit 1994. Die geringste Zustimmung findet in beiden Landesteilen die Ansicht, Ausländer sollten ihren Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen. Auf der Skala von 1-7 wird für Westdeutschland im Jahr 1980 ein Mittelwert von 4,0 ermittelt. Diese Zustimmung schwächt sich im Laufe der Zeit deutlich ab, so dass sich im Jahre 2006 nur noch ein Mittelwert von 2,3 ergibt, der mehrheitlich für eine deutliche Ablehnung spricht. In Ostdeutschland liegt der Durchschnitt derweil um den Skalenwert 3. Etwas mehr Zustimmung bekommt die Forderung nach einem Politikverbot sowie die Forderung, die Ausländer bei Arbeitsplätzenmangel in ihre Heimat zurückzuschicken. In beiden Fällen lässt sich in Westdeutschland ebenfalls ein leichter

**Grafik 1: Einstellungen zu Ausländern in West- und Ostdeutschland, 1980-2006**



Mittelwerte auf einer 7er-Skala, 1 = stimme überhaupt nicht zu, 7 = stimme voll und ganz zu.  
 Datenbasis: ALLBUS 1980-2006, deutsche Befragte

Rückgang der Zustimmung im Zeitverlauf beobachten. In Ostdeutschland zeigen sich im beobachteten Zeitraum nur leichte Schwankungen. Eine ganz andere Entwicklung vollzieht die Zustimmung zur Forderung, dass Ausländer „ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen“ sollten. Hier lässt sich seit Mitte der 1990er Jahre ein klarer Anstieg im Durchschnitt der Skalenwerte beobachten: von 4,4 auf 5,7 in Westdeutschland und von 4,5 auf 5,9 in Ostdeutschland.

In der gestiegenen Zustimmung zu dieser Forderung zeigt sich eine gewandelte Haltung gegenüber den Ausländern. Wurden sie zunächst eher als Arbeitskräfte gesehen, die vorübergehend Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausfüllen sollten, wird heute viel deutlicher die Notwendigkeit der Integration und des Aufeinanderzugehens gesehen. Restriktionen wie das Verbot politischer Beteiligung sowie die Forderung, Ausländer sollten nur untereinander heiraten, haben in der Zwischenzeit deutlich an Zuspruch verloren. Auch die Vorstellung, Ausländer sollten bei Arbeitsplätzenmangel zurückgeschickt werden, wird nur noch von einer Minderheit unterstützt. Hingegen wird von den Zuwanderern ein gewisses Maß an Anpassung ganz klar eingefordert. Es zeigt sich ein gewachsenes

Selbstbewusstsein seitens der Deutschen, das auch ein Entgegenkommen von den Zugewanderten erwartet. Dies kann im Zusammenhang mit der zur Zeit oft propagierten Absage an Parallelgesellschaften gesehen werden, in denen Zuwanderer sich aus Sicht der Kritiker zu sehr abschotten und ihre mitgebrachten Traditionen

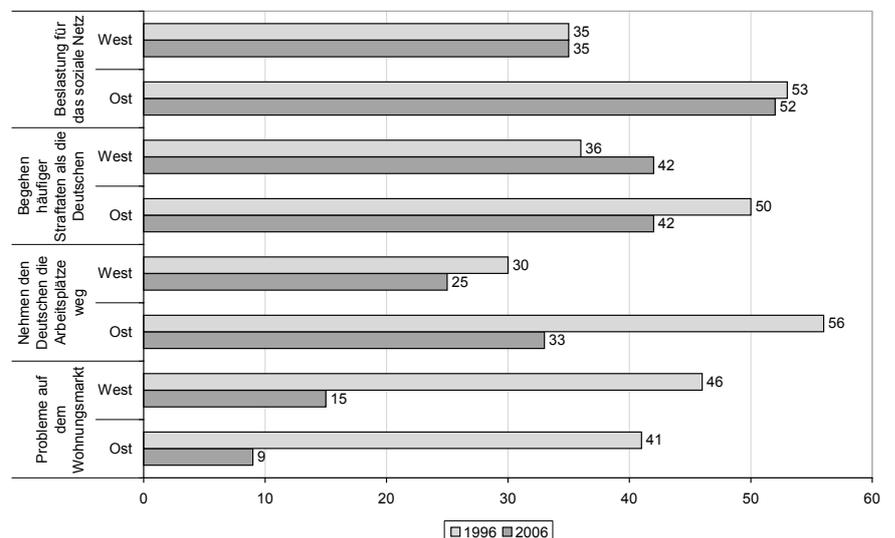
pflegen, ohne sich aktiv um eine kulturelle Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft zu kümmern.

Die Forderung nach Lebensstilanpassung kann also dahingehend interpretiert werden, dass sich die Deutschen auf ein Zusammenleben mit den Ausländern – unter bestimmten Bedingungen – eingestellt haben. Das wirft die Frage auf, ob Befürchtungen, die bisher mit dem Zuzug von Ausländern verbunden waren, zurückgegangen sind. Dafür betrachten wir nun die Furcht vor vier vermuteten Folgen der Anwesenheit von Ausländern in den Jahren 1996 und 2006 (Grafik 2):

- Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.
- Ihre Anwesenheit in Deutschland führt zu Problemen auf dem Wohnungsmarkt.
- Sie nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg.
- Sie begehen häufiger Straftaten als die Deutschen.

Beinahe unverändert ist in den letzten zehn Jahren die Befürchtung geblieben, dass die Ausländer das soziale Netz belasten, wobei diese Befürchtung von einem Drittel der Westdeutschen und der Hälfte der Ostdeutschen geäußert wird. Die Sorge über häufige Straftaten wird 2006 von Ost- und Westdeutschen gleich häufig geäußert, wobei im Westen eine Zunahme und im Osten eine Abnahme zu beobachten ist. Die Befürchtung, die Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg, ist in beiden Teilen Deutschland stark zurückgegangen – parallel zum Rückgang der Forderung, die Ausländer sollten bei steigender Arbeitslosigkeit in ihre Heimatländer zurückkehren (Grafik 1) –, ist aber im Osten immer noch stärker ausgeprägt als im Westen. Am stärksten ist die Angst um die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zurückgegangen, was mit der Entspannung auf dem Wohnungsmarkt im Verlauf der 1990er Jahre korrespondiert. Diese Sorge ist im Westen nach wie vor stärker ausgeprägt als

**Grafik 2: Vermutete Folgen der Anwesenheit von Ausländern in Deutschland, 1996-2006**



Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2006, deutsche Befragte

im Osten. Während 1996 in Westdeutschland die Folgen für den Wohnungsmarkt und in Ostdeutschland die für den Arbeitsmarkt die größte Sorge bereitete, sind es im Jahre 2006 im Westen die Angst vor häufigeren Straftaten der Ausländer und im Osten die Belastung für das soziale Netz.

Die stetig wachsende Zustimmung zu der Forderung, „die Ausländer sollten sich dem Lebensstil der Deutschen ein bisschen besser anpassen“, lässt vermuten, dass sich hier ein gesellschaftlicher Konsens entwickelt. Wenn dem so ist, müssten eventuell gegensätzliche Positionen zu dieser Frage zurückgehen und sich die Zustimmung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen einander angleichen. Dieser Frage soll zum Schluss nachgegangen werden. Tabelle 1 stellt die Skalenmittelwerte zur Frage der Lebensstilanpassung für unterschiedliche Gruppen für den Zeitraum dar, in dem die allgemeine Zustimmung hierzu zugenommen hat (1994-2006). Für alle Gruppierungen – nach Alter, Schulbildung, subjektiver Schichteinstufung, ideologischer Position und politischen Präferenzen – wurde zusätzlich die maximale Differenz zwischen der höchsten und der niedrigsten Zustimmung berechnet. Je kleiner diese Differenzen werden, desto größer ist die gesellschaftliche Übereinstimmung in dieser Frage.

Betrachten wir zunächst die Größe der Mittelwertunterschiede, so zeigt sich, dass diese insgesamt kleiner werden. Bei den Altersgruppen beträgt die Differenz in Skalenpunkten im Jahre 2006 nur noch ca. ein Viertel der Differenz von 1994. Bei den anderen Gruppierungen hat sich die Differenz in etwa halbiert. Man kann also davon sprechen, dass sich hier ein gesellschaftlicher Konsens entwickelt, indem frühere Meinungsunterschiede eingebettet werden.

Bei den Altersgruppen gab es zu Beginn des beobachteten Zeitraums einen relativ deutlichen Unterschied zwischen den Jüngeren mit geringerer und den Älteren mit höherer Zustimmung zu der Forderung nach Lebensstilanpassung. Zugenommen hat die Zustimmung bei allen Altersgruppen im Zeitverlauf, am stärksten jedoch bei den Jüngeren, die sich damit der Position der Älteren annähern. Bei den Bildungsgruppen zeigt sich ebenfalls eine Annäherung. Generell ist festzustellen, je höher die Bildung, desto zurückhaltender die Forderung nach einer Anpassung der Ausländer an den deutschen Lebensstil. Aber auch hier nimmt bei der höchsten Bildungsgruppe die Zustimmung im Laufe der zwölf Jahre stärker zu als in den niedrigen Bildungsgruppen, so dass heute insgesamt geringere Differenzen zwischen den Bildungsgruppen zu beobachten sind. Das gleiche Bild zeigt sich, wenn die subjektive Schichteinstufung betrachtet wird. In der Unterschicht verlangt man stärker als in der Oberschicht nach Lebensstilanpassung. Die Zustimmung zu dieser Forderung wächst in der Oberschicht jedoch stärker als in der Unterschicht, so dass die Abstände zwischen den Schichten kleiner werden.

**Tabelle 1: Unterstützung der Anpassungsforderung in verschiedenen sozialen Gruppen, 1994-2006**

|                                     | 1994 | 1996 | 2000 | 2002 | 2006 |
|-------------------------------------|------|------|------|------|------|
| <b>Alter</b>                        |      |      |      |      |      |
| 18-29 Jahre                         | 4,0  | 4,2  | 4,9  | 4,9  | 5,6  |
| 30-44 Jahre                         | 4,1  | 4,5  | 4,9  | 5,0  | 5,6  |
| 45-59 Jahre                         | 4,6  | 5,1  | 5,3  | 5,5  | 5,7  |
| 60-74 Jahre                         | 5,1  | 5,7  | 5,7  | 5,9  | 5,8  |
| 75-89 Jahre                         | 4,8  | 5,4  | 5,7  | 6,2  | 5,7  |
| Max. Differenz                      | 1,1  | 1,4  | 0,9  | 1,3  | 0,3  |
| <b>Schulabschluss</b>               |      |      |      |      |      |
| Ohne Abschluss                      | 4,3  | 5,6  | 5,4  | 6,2  | 5,5  |
| Volks-/Hauptschule                  | 4,8  | 5,4  | 5,6  | 5,9  | 6,1  |
| Mittlere Reife                      | 4,2  | 4,7  | 5,1  | 5,4  | 5,7  |
| (Fach-)Hochschulreife               | 3,7  | 4,1  | 4,7  | 4,6  | 5,4  |
| Max. Differenz                      | 1,2  | 1,5  | 0,9  | 1,6  | 0,7  |
| <b>Subjektive Schichteinstufung</b> |      |      |      |      |      |
| Unter- und Arbeiterschicht          | 4,7  | 5,2  | 5,4  | 5,7  | 5,9  |
| Mittelschicht                       | 4,3  | 4,9  | 5,2  | 5,3  | 5,7  |
| Obere Mittel- und Oberschicht       | 3,9  | 4,5  | 4,8  | 5,2  | 5,5  |
| Max. Differenz                      | 0,8  | 0,7  | 0,6  | 0,5  | 0,4  |
| <b>Ideologische Position</b>        |      |      |      |      |      |
| Links (Skalenwert 1-3)              | 3,9  | 4,3  | 4,8  | 4,7  | 5,4  |
| Mitte (Skalenwert 4-7)              | 4,5  | 5,0  | 5,2  | 5,4  | 5,8  |
| Rechts (Skalenwert 8-10)            | 4,9  | 5,6  | 5,7  | 6,1  | 6,1  |
| Max. Differenz                      | 1,0  | 1,3  | 0,8  | 1,4  | 0,6  |
| <b>Politische Präferenzen</b>       |      |      |      |      |      |
| Postmaterialisten                   | 3,5  | 4,0  | 4,7  | 4,7  | 5,3  |
| Mischtypen                          | 4,5  | 5,1  | 5,4  | 5,5  | 5,8  |
| Materialisten                       | 5,0  | 5,6  | 5,7  | 5,9  | 6,1  |
| Max. Differenz                      | 1,5  | 1,6  | 1,1  | 1,2  | 0,8  |

Mittelwerte auf einer 7er-Skala, 1 = stimme überhaupt nicht zu, 7 = stimme voll und ganz zu.

Datenbasis: ALLBUS 1994-2006, deutsche Befragte, gewichtet

Jedoch nicht nur soziale, sondern auch ideologie- oder präferenzbasierte Gruppen nähern sich in dieser Frage aneinander an. Unterscheidet man die Befragten nach ihrer Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, so ist die Forderung nach Lebensstilanpassung bei den Rechten am stärksten und bei den Linken am schwächsten ausgeprägt. Dies ist auch 2006 noch so, doch haben sich die Unterschiede verringert, weil die Zustimmung bei den Linken stärker zugenommen hat als bei den Rechten, bei denen sie ohnehin sehr hoch ist (6,1 auf der 7-Punkte-Skala). Auch bei der Unterscheidung von Präferenztypen nach Inglehart zeigt sich eine deutliche Entwicklung. Materialisten (für die Recht und Ordnung sowie Preisstabilität in der Politik Priorität haben) beharren stärker auf der Lebensstilanpassung der Ausländer als Postmaterialisten (deren Prioritäten die freie Meinungsäußerung und Bürgerbeteiligung sind). Bei den Postmaterialisten zeigt sich im beobachteten Zeitraum jedoch die stärkste Zunahme in der Forderung nach Lebensstilanpassung, so dass die Unterschiede zwischen den Präferenzgruppen am Ende nur noch etwa halb so groß sind wie am Anfang.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Differenzen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nicht immer gleichmäßig abnehmen, sondern immer auch einmal wieder Zunahmen verzeichnen, zuletzt im Jahr 2002.

Dennoch ist eine generelle Tendenz zu einer Anpassung der Positionen in der Frage nach der Lebensstilanpassung der Ausländer zu beobachten. Während sich restriktive Forderungen im Umgang mit den Ausländern allmählich abschwächen, entsteht ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die Ausländer in gewissem Maße selbst zur Integration beitragen sollten, indem sie sich dem Lebensstil in der Aufnahmegesellschaft annähern. In dieser Hinsicht kann man von einer Normalisierung in Deutschland sprechen, das seine Erwartungshaltung gegenüber den Ausländern zunehmend unverkrampft artikuliert.

1 Zum theoretischen Hintergrund siehe Terwey (2003).

Terwey, Michael, 2003: Ethnocentrism in Germany: Worldview Connections and Social Contexts. S. 69-94 in: Richard Alba, Peter Schmidt und Martina Wasmer (Hg.), *Germans or Foreigners? Attitudes Towards Ethnic Minorities in Post-Reunification Germany*. New York und Houndmills: Palgrave Macmillan.

**Michael Terwey, GESIS-ZA, und Angelika Scheuer, GESIS-ZUMA**

Tel.: 0221 / 47694-22  
und 0621 / 1246-249  
michael.terwey@gesis.org  
angelika.scheuer@gesis.org

# Subjektives Wohlbefinden und subjektive Indikatoren der Lebensqualität: Befunde, Daten und Methoden – Eine vorläufige Bilanz

Bericht über die Internationale Tagung der Sektion Soziale Indikatoren in der DGS

Die diesjährige Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren fand vom 5.-6. Juli unter starker internationaler Beteiligung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) statt. Im Mittelpunkt der – mit knapp 80 Teilnehmern sehr gut besuchten – Veranstaltung standen Fragen des subjektiven Wohlbefindens und subjektiver Indikatoren der Lebensqualität.

Nach der Begrüßung und Einführung durch den Sektionssprecher Heinz-Herbert Noll (GESIS-ZUMA, Mannheim) und Roland Habich (WZB, Berlin) widmete sich die Vormittagsveranstaltung allgemeinen Fragen der Konzeptualisierung und Erklärung individuellen Wohlbefindens. Ruut Veenhoven (Universität Rotterdam) verdeutlichte anhand von Beispielen die Multidimensionalität von Wohlbefinden und wies auf unterschiedliche „Messansätze“ hin. Bruce Headey (Universität Melbourne) setzte sich insbesondere mit der in der „Happiness“-Forschung viel beachteten „Set-Point Theory“ kritisch auseinander und präsentierte Ergebnisse, die diese Theorie ins Wanken bringen könnten. Hans-Peter Widmeier stellte mit der „Charakterbildung als Entdeckungsverfahren“ ein alternatives Lebensmodell zum ökonomischen Paradigma vor.

Der erste Teil des Nachmittags beschäftigte sich mit der kulturellen Dimension von Lebenszufriedenheit. Im Zentrum des Vortrags von Stefan Bergheim (Deutsche Bank Research, Frankfurt) stand die Frage nach Unterschieden in der Lebenszufriedenheit zwischen verschiedenen Ländergruppierungen. Länder mit niedriger Geburtenrate, reguliertem Arbeitsmarkt und einem eher geringen Maß an wirtschaftlicher Freiheit weisen demnach niedrigere Zufriedenheitswerte auf. Die Frage, ob damit bereits Erklärungen für die unterschiedliche Lebenszufriedenheit gefunden sind, konnte durch die Analysen Bergheims nicht beantwortet werden. Heiner Meulemann (Universität Köln) untersuchte die Bedeutung von Religiosität und Säkularisierung für unterschiedliche Dimensionen des subjektiven Wohlbefindens anhand des European Social Survey 2002 und 2004. Die Länderunterschiede in der Lebenszufriedenheit sind vor allem der soziodemographischen Zusammensetzung der Bevölkerung geschuldet und hängen weniger mit dem Säkularisierungsgrad des Landes zusammen.

Der letzte Teil des ersten Veranstaltungstages widmete sich schwerpunktmäßig methodischen Fragen der Zufriedenheitsforschung. Gert G. Wagner und Martin Kroh (SOEP/DIW, Berlin) berichteten über die Genese und Etablierung der 11er-Skala zur Lebenszufriedenheit im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP). Ulrich Schimmack (Universität Toronto) verdeutlichte auf Basis des SOEP sowohl im Querschnitt als auch im Zeitvergleich die große Übereinstimmung in der Lebenszufriedenheit zwischen zusammenlebenden Ehepartnern und beschäftigte sich im zweiten Teil des Vortrags mit affektiven und kognitiven Komponenten der Lebenszufriedenheit. Eduardo Wills (Universität Bogota) berichtete zum Schluss des ersten Konferenztages anhand einer international vergleichenden Studie über Wohlbefinden in Bogotá, Toronto and Belo Horizonte. Die Analysen sprechen für die große Bedeutung von Spiritualität und ethnischer Vielfalt für die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Am zweiten Veranstaltungstag wurden spezielle Studien zum individuellen Wohlbefinden vorgestellt. Stefan Weick (GESIS-ZUMA, Mannheim) präsentierte Befunde dazu, wie sich subjektives Wohlbefinden beim Eintritt und im Verlauf von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit verändert (vgl. ISI 35). Auch mit diesen Ergebnissen wird die „Set-Point-Theory“ in Frage gestellt. Anette Fasang, Sara Geerdes, Klaus Schömann und Liuben Siarov (Jacobs Universität Bremen) setzten sich anhand einer internationalen Vergleichsuntersuchung des Eurobarometer mit dem Zusammenhang von Arbeitsmobilität und Arbeitszufriedenheit auseinander. Ein freiwilliger Arbeitsplatzwechsel führt im Gegensatz zu einem „erzwungenen“ Wechsel zu einer deutlichen Erhöhung der Arbeitszufriedenheit. Timothy Bechtel präsentierte Befunde, die für Großbritannien und Deutschland zeigen, dass die Lebenszufriedenheit stärker durch psychologische als durch ökonomische Faktoren bestimmt wird.

Im Mittelpunkt des Vortrags von Jörg Dittmann und Jan Göbel stand die Bedeutung sozioökonomischer Bedingungen des direkten Wohnumfeldes für die individuelle Lebenszufriedenheit der dort lebenden Menschen. Die Auswertungen des SOEP und der Geoinformationen von Microm (Micro-

marketing-Systeme) zeigen, dass die allgemeine Lebenszufriedenheit sowohl durch die Qualität der Lebensbedingungen im Wohngebiet als auch soziales Gefälle in der Nachbarschaft beeinflusst wird. Christoph Rheinprecht (Universität Wien) berichtete über den komplexen Zusammenhang von Lebensqualität und Migration anhand von zwei quantitativen Umfragen, die in Wien durchgeführt wurden. Je positiver die eigene Migration bewertet wurde, desto stärker waren die Befragten mit ihrem Leben zufrieden. Wolfgang Glatzer und Roland Bieräugel (Universität Frankfurt) untersuchten anhand der aktuellen Sozialstaatssurveys von 2005 und 2006, wie die Bürger die sozialstaatlichen Institutionen wahrnehmen und wie zufrieden sie damit sind (vgl. ISI 36). Den Abschluss der Tagung bildete der Vortrag von Uwe Engfer (Technische Universität Darmstadt), der sich mit der Zeitverwendung und dem Wohlbefinden von Personen ab 55 Jahre auseinandersetzte. Seine Analysen der Zeitbudgetstudien des Statistischen Bundesamtes (1991/1992 und 2001/2002) ergeben keine Hinweise für die vermutete Orientierungslosigkeit im Alter.

Die Präsentationen der Vorträge stehen auf der website der Sektion zur Verfügung unter: [www.gesis.org/Sozialindikatoren/Veranstaltungen/Programme/Jahrestagung\\_2007.htm](http://www.gesis.org/Sozialindikatoren/Veranstaltungen/Programme/Jahrestagung_2007.htm). Die Veranstaltung wurde von einer Postersession begleitet, bei der weitere interessante Ergebnisse aus der Lebensqualitätsforschung vorgestellt wurden.

Im Zusammenhang mit der Jahrestagung fand zudem eine Mitgliederversammlung der Sektion Soziale Indikatoren statt, auf der Jürgen Schupp zum neuen Sprecher gewählt wurde, nachdem der bisherige Sektionssprecher Heinz-Herbert Noll für dieses Amt nicht wieder kandidiert hatte. In ihren Positionen bestätigt bzw. neu in den Vorstand der Sektion gewählt wurden Susanne v. Below, Roland Habich, Heinz-Herbert Noll und Annette Spellerberg.

■ **Jörg Dittmann, GESIS-ZUMA**

Tel.: 0621/1246-248

joerg.dittmann@gesis.org

**Herausgeber**  
GESIS-ZUMA  
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim  
Telefon 06 21 / 12 46-0  
www.gesis.org/sozialindikatoren

**Verantwortlich für den Inhalt**  
Dr. Heinz-Herbert Noll  
**Redaktion**  
Dr. Angelika Scheuer

**Satz und Druck**  
Verlag Pfälzische Post GmbH  
Winzinger Straße 30, 67433 Neustadt/Weinstraße

**Gestaltung**  
Kognito, Berlin

GESIS e.V. ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;  
Beleg erbeten  
ISSN 0935-218X

Call for Papers

# Are Things Getting Better or Worse, and Why? The Role of Social Indicators to Inform Public Policy

ISA - Working Group 06 "Social Indicators"

Conference-Track at 1st ISA Forum "Sociological Research and Public Debate"

Barcelona, September 5 - 8, 2008

Social Indicators – objective and subjective – have been designed primarily to measure the quality of life of the individual citizen and societal qualities, to monitor respective changes across time and to compare how people live in different nations as well as various population groups within countries. Indicator systems as well as social reports as a major application of social indicators research – which are currently being published regularly for numerous countries and world regions around the globe – are thus providing answers to the elementary but likewise challenging question: "Are things getting better or worse, and why?"

Answers to this question may provide important information for the individual citizen – e.g. in his role as a voter – but even more so for various kinds of policy makers. Public policy, which increasingly tends to be evidence-based at least to some extent, needs appropriate information in order to be able to identify needs for action, but also yardsticks and benchmarks allowing to evaluate the outcomes and success of policy measures. Beyond the descriptive information on how things are and whether they are changing to the better or worse, it is of crucial importance for any intelligent 'steering' and policy making to get causal insights into the mechanisms behind those processes.

The sessions organised by Working Group 06 'Social Indicators' will provide opportunities to present results of research on monitoring trends in well-being and social progress and to reflect the role of social indicators and social reporting to inform and to guide public policy and public debate more generally. The Working Group welcomes different kinds of papers addressing these issues. Particularly welcome are papers on national and cross-national indicator-based monitoring of the quality of life and societies, papers on related methodological issues, and examples of 'good practice' in policy-relevant social measurement and reporting. Also papers discussing the characteristics which qualify or disqualify indicators as well as specific monitoring and reporting initiatives for policy making purposes would be welcomed.

**Proposals (1 page max.) should be sent to Dr. Heinz-Herbert Noll ([heinz-herbert.noll@gesis.org](mailto:heinz-herbert.noll@gesis.org)).**  
**The deadline for submission of abstracts is December 31, 2007.**